

Kommunalwahlprogramm 2021 – Die LINKE. Wiesbaden

Recht auf Stadt: Wiesbaden sozial, ökologisch und vielfältig.

Einstimmig beschlossen durch die Mitglieder
der LINKEN Wiesbaden am 20. Oktober 2020

Unsere wichtigsten Programmpunkte

für ein soziales, ökologisches und vielfältiges Wiesbaden

Die Stadt gehört Allen!

Zur Kommunalwahl am 14. März 2021 werden in Hessen Ihre kommunalen Vertretungen neu gewählt.

Wiesbaden braucht dabei eine starke LINKE für mehr soziale Gerechtigkeit, für bessere Bildungseinrichtungen, für guten und bezahlbaren Nahverkehr und Wohnraum sowie für Umweltschutz. Wir wollen eine Stadt für alle Menschen, mehr Gemeinschaft statt Spaltung, Teilhabe statt Ausgrenzung, kulturelle Vielfalt statt Rassismus.

Vor Ort lässt sich vieles erreichen und auch der Druck auf die Landes- und Bundesebene erhöhen. **Wir LINKEN stehen und stehen weiter verlässlich für Skills/Transparenz statt Filz in Wiesbaden.**

Wir wollen Gemeinschaft statt Spaltung

Die Schere zwischen Arm und Reich geht bei uns besonders weit auseinander und spaltet die Stadt: Obwohl über 100 Menschen in Wiesbaden jeweils mehr als eine Million Euro im Jahr verdienen und wir **die Stadt mit dem größten verfügbaren Privateinkommen** in ganz Hessen sind, lebt hier **jedes fünfte Kind in Armut**. In manchen Vierteln sogar jedes zweite Kind! Dabei gibt es Möglichkeiten, diese Spaltung zu überwinden. Menschen, Familien, Betriebe und Branchen, die schon vor Corona - und nun auch von den Corona-Maßnahmen - besonders betroffen waren, müssen **finanziell unterstützt** werden.

Gute Bezahlung!

Denn eines ist klar: **Menschen vor Profite**. Alle Arbeiten im Auftrag der Stadt müssen nach Tarif bezahlt werden. Unternehmen, die Tarifflicht begehen, die dauerhaft nicht ausbilden oder soziale und ökologische Standards missachten und deshalb billigere Angebote bei Ausschreibungen abgeben können, dürfen keine öffentlichen Aufträge erhalten. **Lohn-, Sozial- und Umweltdumping darf nicht belohnt werden**. Wir wollen eine soziale, nachhaltige und positive Lohnentwicklung zu fördern. Für uns LINKE gilt: **Es gehört in öffentliche Hand, was wichtig für alle ist!**



Umwelt- und Klimaschutz voranbringen

DIE LINKE will weitere Maßnahmen für die Klimarettung sowie gegen das Arten- und Waldsterben in der Region und darüber hinaus ergreifen. Wir brauchen eine **klimagerechte Stadtentwicklung** auch in der Frischluftversorgung und Wärmeregulierung, damit Smog und Hitze nicht dauerhafte Probleme und Gesundheitsrisiken sind. Es geht um mehr als um den Erhalt, nämlich um die **zusätzliche Schaffung von Grünflächen, Beschattung, Gewässern, Wald- und Kulturlandschaften.**



Bildung für alle!

Frühkindliche Bildung kann **sozialen Benachteiligungen entgegenwirken.** Nötig sind daher ausreichend Kitaplätze, kleine Gruppengrößen und angemessen bezahltes und gut ausgebildetes Personal – **und das alles bei Gebührenfreiheit.** Die maroden Schulen müssen sofort saniert werden. Zum Teil lässt sich gar nicht richtig lüften, weil Fenster nicht geöffnet werden können, während andere auch im Winter völlig undicht sind. Ebenso wichtig ist die **Ausstattung der Schulen** mit Internet und digitalen Lernmitteln sowie die Förderung von öffentlichen Kultur- und Bildungseinrichtungen.

Platz für alle, außer für Rassist*innen!

Es darf nicht sein, dass soziale Missstände auf Kosten derjenigen ausgetragen werden, die wenig haben und gerade über die Runden kommen. Wir lehnen es ab, dass Zugewanderte zum Lohndumping benutzt werden, um die Löhne von Arbeiter*innen und Angestellten zu drücken. Wir dürfen nicht zulassen, dass Zugewanderte als Sündenböcke für die miserable Wohnungssituation herhalten sollen.

Deshalb:

Am 14. März DIE LINKE wählen!



Gute Löhne, gute Bildung und gute Renten können wir für alle schaffen, wenn wir den riesigen und unverschämten Reichtum einiger weniger endlich gerecht besteuern. Milliarden für einige wenige, aber für Millionen Menschen nichts? Das darf nicht sein! **Mit Ihren Stimmen für die LINKE setzen Sie ein Signal für Soziales, Umwelt und Transparenz in Wiesbaden und Hessen.** Und ein Signal für Vielfalt und Gemeinschaft statt Ausgrenzung und Rassismus!

Liebe Wiesbadenerinnen und Wiesbadener,

zur Kommunalwahl am 14. März 2021 werden in Hessen IHRE kommunalen Vertretungen neu gewählt. Wiesbaden braucht dabei eine starke LINKE für mehr soziale Gerechtigkeit, für bessere Bildungseinrichtungen, für guten und bezahlbaren Nahverkehr und Wohnraum sowie für Umweltschutz statt Klimawandel. Wir wollen eine Stadt für alle Menschen, wollen mehr Gemeinschaft statt Spaltung, Teilhabe statt Ausgrenzung, kulturelle Vielfalt statt Rassismus. Auch wenn wir Probleme nicht alleine in Wiesbaden lösen können: Vor Ort lässt sich vieles erreichen und auch der Druck auf die Landes- und Bundesebene erhöhen. Und wir LINKEN standen und stehen weiter verlässlich für Transparenz statt Filz in Wiesbaden.

Die Corona-Pandemie hat alte Probleme unserer Gesellschaft offenlegt und neue Probleme geschaffen: Die Unterfinanzierung bei Pflege, Bildung und Gesundheit war vor der Pandemie schon ein großes Problem. Umso mehr brauchen wir nun endlich mehr gutes Personal und Investitionen in unsere sozialen Einrichtungen. Die Steuerpolitik der letzten Jahre hat die öffentlichen Kassen schwer belastet. Die Schere zwischen Arm und Reich ist immer weiter auseinandergegangen. Profitiert haben wenige Superreiche, Banken und Konzerne. Verloren haben die Mittelschicht und zigtausende Menschen, die zu Niedriglöhnen arbeiten. Das reiche Wiesbaden ist nach Offenbach und Kassel in Hessen die Stadt mit der höchsten Kinderarmut!

Viele Menschen, z. B. Selbstständige, Künstler*innen und Gastronom*innen, sind durch die Corona-Maßnahmen und ohne eigenes Verschulden nun zusätzlich in existenzielle Not geraten, die Staatsschulden sind exorbitant gestiegen. Wir fordern deshalb umso mehr einen sozialen Lastenausgleich, bei dem Riesenvermögen und Großkonzerne endlich angemessen besteuert werden. Nur so können die Folgen der Corona-Pandemie sozial aufgefangen werden. Helfen Sie dabei, diese Prozesse und Ihre Stadt besser zu gestalten!

Damit die Schere zwischen Arm und Reich nicht immer weiter auseinanderklafft. Damit wieder mehr Geld in die öffentlichen Kassen fließt. Damit in gute Bildung, Kinderbetreuung und Gesundheitsversorgung

sowie in eine öffentliche Infrastruktur investiert wird. Und damit unsere Stadt noch enger zusammenrückt, als Gemeinschaft in Vielfalt!

Wir wollen als LINKE nicht einfach nur stellvertretend für die Menschen Politik machen, sondern mit Ihnen gemeinsam die Stadt gestalten. Wir wollen mehr Demokratie und Teilhabe, engagieren uns in sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Initiativen und Bündnissen. Und wir stehen konsequent gegen den Filz, der vor allem von den Parteien der jetzigen Rathaus-Kooperation geschaffen wurde. Nach dem ruhmlosen Abgang ihres langjährigen Fraktionsvorsitzenden Bernhard Lorenz und ihres Schatzmeisters Ralph Schüler hat die CDU Wiesbaden endgültig abgewirtschaftet. Wir wollen ihr in der kommenden Legislaturperiode eine Regenerationsphase in der Opposition ermöglichen. Nur mit Druck und mit Ihrer Hilfe werden Veränderung und ein Politikwechsel möglich.

Mit Ihren Stimmen für die LINKE setzen Sie ein Signal für Soziales, Umwelt und Transparenz in Wiesbaden und Hessen. Und ein Signal für Vielfalt und Gemeinschaft statt Ausgrenzung und Rassismus!

Deshalb bitten wir Sie zur Kommunalwahl am 14. März 2021 um Ihre Stimmen und um Ihre Unterstützung für die LINKE!

Inhalt

1. Stadt für alle: Gemeinschaft und soziale Arbeit statt Ausgrenzung und Spaltung	7
2. Arbeit und Wirtschaft für alle: Gute Bezahlung, Menschen vor Profite	14
3. Umwelt und Klima für alle: Verbrauch reduzieren, Luftqualität, Wälder und Tiere schützen	18
4. Bildung für alle: Mehr Personal, gute Bezahlung und Investitionen in unsere Schulen und Kindertagesstätten	23
5. Mobilität für alle: Vorrang für Mensch und Umwelt, Rad und ÖPNV	27
6. Wohnraum für alle: Bezahlbares Wohnen statt Verdrängung und Leerstand – für eine sozialökologische Stadtplanung	34
7. Gesundheit ist keine Ware: Solidarische und öffentliche Gesundheitsversorgung	38
8. Nicht nur Frauensache: Für ein geschlechtergerechtes Wiesbaden und für frauenspezifische Angebote	41
9. Kultur für alle: Kulturstadt Wiesbaden fördern, Kunst vor dem „Corona-Tod“ retten, Freiräume und Vielfalt sozial gestalten	43
10. Reichtum für alle: Einnahmen erhöhen und investieren, öffentliche Interessen durchsetzen	46
11. Mehr Demokratie und Transparenz: Den Filz in der Stadtpolitik beenden, Bürgerengagement fördern	50
12. Platz für alle, außer für Rassisten: Flüchtlinge schützen, Rassismus und Menschenfeindlichkeit bekämpfen, Vielfalt leben	52
13. Freizeit und Sport: Teilhabe und Breitensport statt Kommerz und Elite	58
14. Jugendliche ernst nehmen	61
15. Fit im Alter: Benachteiligung und Barrieren abbauen, gute Pflege und Inklusion verwirklichen	63
16. Für eine Entkriminalisierung des Drogenkonsums	65
17. Wiesbaden: Stadt für Frieden!	68
Kandidatinnen und Kandidaten	69
Bildnachweis, Impressum	72

1. Stadt für alle: Gemeinschaft und Zusammenhalt statt Ausgrenzung und Spaltung

Soziale Spaltung, Ausgrenzung und Armut überwinden

Unsere Gesellschaft hat sich in den zurückliegenden Jahren immer stärker gespalten: Weniger als zehn Prozent Superreiche verfügen über die Hälfte des gesamten Vermögens in Deutschland; die „untere Hälfte“ der Bevölkerung verfügt hingegen nur über circa ein Prozent. Die Schere zwischen Arm und Reich geht in Wiesbaden besonders weit auseinander und spaltet die Stadt: Obwohl über 100 Menschen in Wiesbaden jeweils mehr als eine Million Euro im Jahr verdienen und Wiesbaden die Stadt mit dem größten verfügbaren Privateinkommen in ganz Hessen ist, lebt hier jedes fünfte Kind in Armut, in manchen Vierteln sogar jedes zweite Kind! Viele Menschen arbeiten zu Niedriglöhnen, haben nur Minijobs, Werkverträge, sind auf das entwürdigende Hartz IV oder Grundrente angewiesen. Die Arbeitslosenquote in Wiesbaden ist höher als in den umliegenden Städten Mainz, Frankfurt und Darmstadt.

Dabei gibt es Möglichkeiten, diese Spaltung zu überwinden. Und das ist auch dringend nötig, weil mit den Corona-Maßnahmen viele weitere Menschen in existenzielle Krisen geraten sind – ohne jedes eigene Verschulden. Vor allem viele Selbstständige, Gewerbetreibende, Menschen im Kunstbereich und in der Gastronomie, die lange Zeit kaum oder gar nicht arbeiten durften. Die Situation der wirtschaftlich Schwachen und in die Krise geratenen Menschen kann und muss mit städtischen sowie Landes- und Bundesmitteln verbessert werden. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig eine starke öffentliche Hand ist und dass wir sie weiter ausbauen müssen.

Die Armut zu bekämpfen ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, weil Armut viele schreckliche Gesichter kennt und gesellschaftliche Folgen zeigt: Rentnerinnen und Rentner, die Pfandflaschen sammeln müssen. Kinder, die ohne Frühstück in die Schule gehen. Beschäftigte, die so schlecht bezahlt werden, dass sie von ihrem Lohn nicht leben können. Erwerbslose, die immer geringere Chancen auf einen Arbeitsplatz haben. Wanderarbeiter*innen, die in Bruchbuden leben und als Tagelöhner*innen ausgebeutet werden. Obdachlose, die weder über Wohnraum noch über medizinische und soziale Versorgung verfügen. In der Corona-Krise wurde deutlich: Sozial Benachteiligte waren durch die schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen besonders stark betroffen. Mit dieser Situation, geschweige denn

mit steigender Armut infolge der Corona-Epidemie, dürfen wir uns nicht abfinden. Die gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben muss im Mittelpunkt stehen.

Bundes- und Landesmittel – Kommunal финанzen

Ob Schulen, Kitas, sozialer Wohnungsbau oder öffentlicher Nahverkehr: Der Investitionsstau in unseren Städten und Gemeinden war bereits vor der Corona-Epidemie gigantisch. Grundsätzlich haben die Städte und Gemeinden nach dem Grundgesetz und der Hessischen Verfassung das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Unterfinanzierung der Kommunen hat dieses Recht jedoch weitgehend ausgehöhlt. Die Schuldenbremse im Bund und im Land wurde mit fatalen Folgen auf die Städte und Gemeinden abgewälzt. Infolge der Corona-Krise drohen auch in Wiesbaden hohe Steuerausfälle, geringere Einnahmen aus Gebühren und krisenbedingte steigende Ausgaben für Soziales und Gesundheit. Wir fordern von Bundes- und Landesregierung eine ausreichende finanzielle Unterstützung, um diese dramatischen Defizite zu kompensieren. Die Folgen der Corona-Pandemie dürfen nicht zulasten der Kommunen und der sozial ohnehin Schwachen gehen. Menschen, Familien, Betriebe und Branchen, die von den Corona-Maßnahmen besonders betroffen waren, müssen finanziell unterstützt werden. Und das geht nur mit einem sozialen Lastenausgleich durch eine Reichen- und Vermögenssteuer auf Bundesebene sowie einer endlich angemessenen Besteuerung der Großkonzerne.

Teilhabe für alle ermöglichen

Die LINKE möchte die Erweiterung der sogenannten „Wiesbadener Familienkarte“ zur echten „Teilhabe Karte“ nach Berliner Vorbild. Das bedeutet: Anders als bisher soll die Teilhabekarte kostenlos sein. Alle Familien und Bezieher*innen von Transferleistungen, sowie Geringverdiener*innen sollen sie erhalten und damit kostenfrei bzw. sehr günstig an Bildungs-, Sport- und Kulturangeboten teilnehmen können. Ferner soll für diejenigen, die eine Teilhabekarte besitzen, die Gebühr für die Ausstellung eines Bibliotheksausweises für die Stadtbibliotheken und seine jährliche Verlängerung entfallen.

Wir LINKEN stellen uns gegen die drastischen Preiserhöhungen in städtischen Schwimmbädern. Es gibt z. B. im „Opelbad“ kein Rabattsystem für die Bezieher*innen von Transferleistungen, sodass diese 10 Euro Eintritt bezahlen müssen. Dies schließt ärmere Menschen vom Besuch aus. Wir fordern, dass alle Kinder und Jugendlichen bis zum 14. Lebensjahr kos-

tenfrei alle Schwimmbäder besuchen dürfen, so wie dies in Frankfurt bereits der Fall ist.

Mobilität ist ein wichtiger Bestandteil der sozialen Teilhabe. Daher muss der Sozialtarif der ESWE Verkehr erhalten bleiben. Das Ticket darf nicht teurer sein als der jeweilige Betrag für Mobilität im Hartz-IV-Regelsatz. Perspektivisch soll der ÖPNV kostenfrei werden. Tausende Menschen könnten so mehr am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig neben der Lehrmittelfreiheit die Ausstattung mit digitalen Endgeräten für alle Schüler*innen ist. Nur so könnten alle in einer Zeit, in der Präsenzunterricht gar nicht oder nur eingeschränkt möglich ist, erfolgreich am Homeschooling teilnehmen. Der so genannte „Digitalpakt“ der Bundesregierung mit 5 Milliarden Euro ist seit seinem Bestehen eine absolute Nullnummer – das Geld kommt an den Schulen überhaupt nicht an! Und da die 150 Euro Zuschuss aus dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung auch keine Abhilfe geschaffen haben, fordert die LINKE: Für alle Schüler*innen, die in einem Haushalt leben, der sich Transferleistungen bezieht oder geringverdienend ist, muss der noch fehlende Restbetrag für die Anschaffung eines Laptops oder PCs mit Drucker aus städtischen Mitteln finanziert werden. Auch wenn der Unterricht regulär stattfindet, zeigt sich, dass digitale Angebote als Ergänzung zum regulären Unterricht an Bedeutung gewonnen haben, und da muss für alle Schüler*innen die Teilhabe mit digitalen Geräten gewährleistet sein.



Qualifizierung und Existenzsicherung statt Hartz-Armut und Sanktionen

Hartz IV ist Armut per Gesetz. Es stellt das absolute Existenzminimum dar, oftmals sogar weniger. Daher ist jede Kürzung von Hartz IV ein Verstoß gegen Artikel 1 unseres Grundgesetzes. Mit den permanenten Verstößen gegen die Würde des Menschen muss sofort Schluss sein. Als Optionskommune hat die Stadt Wiesbaden die Verantwortung für alle Leistungsberechtigten. Dies bietet zahlreiche Möglichkeiten, Gesetze im Sinne der Betroffenen auszulegen und auf Sanktionen gänzlich zu verzichten. Wir LINKEN werden jeden Handlungsspielraum in Wiesbaden nutzen, um den Folgen der Hartz-IV-Armut entgegenzutreten. Strom- und Gasabschaltungen müssen unterbunden werden, denn kein Mensch darf in seiner Wohnung frieren oder im Dunkeln sitzengelassen werden.

Arbeitsfähige Erwerbslose haben einen Anspruch auf gute Qualifizierung und gute Arbeitsplätze. Die Subventionierung von Maßnahmeträgern für Arbeitsgelegenheiten („Ein-Euro-Jobs“) und Bewerbungstrainings ohne wirkliche berufliche Qualifizierung müssen eingestellt werden. Statt Maßnahmen mit Beschäftigungszuschüssen zu fördern, sollte in sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze bei der Stadtverwaltung und bei Eigenbetrieben investiert werden.

Erwerbslose mit Sprachförderbedarf sollen Zugang zu Sprachkursen erhalten. Denn mit mangelhaften Deutschkenntnissen lässt sich selten gute Arbeit finden. Darum muss der Bildung Vorrang vor Arbeitsgelegenheiten gegeben werden. Alleinerziehende haben ein wesentlich höheres Risiko, in die Abhängigkeit von Transferleistungen zu geraten, als Paarhaushalte. So befinden sich kontinuierlich um die 45 % aller Haushalte von Alleinerziehenden in Wiesbaden im SGB-II-Bezug. Das liegt zum einen an den hohen Mieten und zum anderen an immer noch nicht ausreichenden Möglichkeiten zur Ganztagsbetreuung überall in der Stadt, die den vollen Wiedereinstieg in den Beruf erschweren.

Die LINKE wird sich deshalb für die flächen- und bedarfsdeckende Ganztagsbetreuung in allen Altersstufen einsetzen, da immer mehr Eltern, d. h. auch Alleinerziehende, nicht nur zu den üblichen Arbeitszeiten arbeiten. Darüber hinaus ist der LINKEN wichtig, junge alleinerziehende Mütter und Väter darin zu bestärken, ihre unter Umständen abgebrochene Schul- oder Berufsausbildung zu beenden bzw. eine berufliche Qualifizierung überhaupt erst anzugehen. Die LINKE wird sich daher für die Erarbeitung und Umsetzung entsprechender Qualifizierungs- und Förderprogramme für junge Alleinerziehende einsetzen.

Kommunale Qualifizierungs- und Förderprogramme

Erwerbslose mit Sprachförderbedarf sollen Zugang zu Sprachkursen erhalten. Denn mit mangelhaften Deutschkenntnissen lässt sich selten gute Arbeit finden. Darum muss der Bildung Vorrang vor Arbeitsgelegenheiten gegeben werden. Alleinerziehende haben ein wesentlich höheres Risiko, in die Abhängigkeit von Transferleistungen zu geraten, als Paarhaushalte. So befinden sich kontinuierlich um die 45 % aller Haushalte von Alleinerziehenden in Wiesbaden im SGB-II-Bezug. Das liegt zum einen an den hohen Mieten und zum anderen an immer noch nicht ausreichenden Möglichkeiten zur Ganztagsbetreuung überall in der Stadt, die den vollen Wiedereinstieg in den Beruf erschweren. Die LINKE wird sich deshalb für die flächen- und bedarfsdeckende Ganztagsbetreuung in allen Altersstufen einsetzen, da immer mehr Eltern, d. h. auch Alleinerziehende, nicht nur zu den üblichen Arbeitszeiten arbeiten.

Darüber hinaus ist der LINKEN wichtig, junge alleinerziehende Mütter und Väter darin zu bestärken, ihre unter Umständen abgebrochene Schul- oder Berufsausbildung zu beenden bzw. eine berufliche Qualifizierung überhaupt erst anzugehen. Die LINKE wird sich daher für die Erarbeitung und Umsetzung entsprechender Qualifizierungs- und Förderprogramme für junge Alleinerziehende einsetzen.

Wohnungslose und Wohnungslosenhilfe

Die Zahl der Wohnungslosen in Wiesbaden liegt geschätzt bei ca. 250 Menschen. Die Stadt Wiesbaden kann allerdings keine genauen Zahlen nennen, da sie die Wohnungslosen nicht in einer Statistik erfasst.

Diese Menschen leben entweder auf der Straße oder werden in den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe betreut und begleitet. Hinzu kommt noch verdeckte Wohnungslosigkeit. Vor allem junge wohnungslose Menschen sind als solche nicht gut erkennbar, da sie oft nicht direkt auf der Straße leben, sondern von Couch zu Couch wandern. Die Diakonie mit der Teestube in der Dotzheimer Straße, mit Straßensozialarbeit und der stationären Einrichtung in der Köhlstraße in Erbenheim, einschließlich Wohngruppen, leistet hier seit vielen Jahren fachlich eine hervorragende Arbeit.

Mit den weiter steigenden Anforderungen an die Wohnungslosenhilfe und mit zunehmend neuen Personengruppen, Problemfeldern und städtischen Schauplätzen stößt die Diakonie aber schon länger an ihre Grenzen. Da die Teestube auch als ambulante Anlaufstelle für die vielen wohnungslosen Menschen agieren muss, ist sie stark überlastet.

Zu nennen sind vor allem der Anteil der Arbeitsmigrant*innen und Tagelöhner*innen aus den osteuropäischen Ländern mit entsprechenden

Sprachproblemen. Auffallend ist auch die Zunahme psychisch Erkrankter, die oft in ihrer eigenen Welt leben und, von der Gesellschaft ausgeschlossen, zum Teil auf der Straße verwahrlosen. Die gesellschaftlichen Entwicklungen der Armut und sozialen Spaltung sind in der Wohnungslosenhilfe angekommen. Das bestehende Hilfesystem in Wiesbaden ist mit der Komplexität dieser Anforderungen überfordert. Es braucht dringend weitere Hilfen für Menschen im Tagelohn und Wohnungslose, die durch neue Kapazitäten der Stadt bereitgestellt werden müssen.

Echte Hilfe statt Verdrängung und Stigmatisierung

Die LINKE will die weitere Verschärfung sozialer Spaltung überwinden und fordert vor allem die personelle Verstärkung der Straßensozialarbeit. Diese soll die Begleitung der gesundheitlich gefährdeten Menschen auf der Straße gewährleisten. Die Straßenszenen, die in den Augen der Stadt-Bevölkerung oft als störend oder möglicherweise gefährlich angesehen werden, müssen entschärft werden. Deshalb ist sozialpolitisch ein Prinzip der „kontrollierten Duldung“ anzustreben, bei der die Sozialeinrichtungen, Anlieger, Straßensozialarbeit und das Ordnungsamt anhaltend gemeinsame Lösungen anstreben. Sozialrecht geht dabei vor Ordnungsrecht! Es soll keine Vertreibung von öffentlichen Plätzen mehr geben!

Wir unterstützen die Forderung der Diakonie nach einer zweiten Teestube. Diese soll sich speziell um die Bedürfnisse der Menschen aus Osteuropa kümmern. Ansonsten droht der Verelendungsprozess mit Komplikationen wie Krankheiten, Mangelernährung und fehlender Hygiene immer größer zu werden. Bei einem kleinen Teil der Wohnungslosen besteht das Interesse, draußen zu schlafen. Diese benötigen deshalb eine



Grundversorgung. Das Hilfesystem benötigt außerdem einen Notaufenthalt für Menschen, die von allen Sozialleistungen ausgeschlossen sind; dies auch aus humanitären Gründen. Ebenso eine Anlaufstelle für junge Erwachsene, die durch alle behördlichen Raster gefallen sind.

Für wohnungslose Frauen, deren Wohnungslosigkeit oft nicht erkannt wird, gibt es nach wie vor zu wenige Notunterkünfte. Dass die 45 Schlafplätze für Frauen bei der Heilsarmee nicht ausreichend sind und diese i. d. R. zu 100 % ausgelastet sind, ist schon lange bekannt. Der Umgang mit Wohnungslosigkeit von Frauen ist sehr schambesetzt, weshalb diese wesentlich seltener das Beratungsangebot der Teestube in Anspruch nehmen als wohnungslose Männer. Daher reicht eine einfache Aufstockung der Not-schlafplätze für Frauen nicht aus, sondern die Frauen benötigen eine besondere Art der Ansprache durch ein pädagogisches Begleitprogramm und Übernachtungsplätze, die mehr Privatsphäre bieten. Das Diakonische Werk plant eine solche Einrichtung mit zwölf Apartments in Wiesbaden. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, der aber nicht ausreicht. Die LINKE wird sich dafür einsetzen, dass im Rahmen des Gender-Budgeting weitere Mittel eingestellt werden, die den spezifischen Problemen wohnungsloser Frauen gerecht werden.



DIE LINKE. Wiesbaden will:

- Soziale Spaltung, Ausgrenzung und Armut überwinden, Hilfen für die durch die Corona-Maßnahmen in Not geratenen Menschen, Familien und Betriebe,
- Teilhabe an Bildung, Kultur, Mobilität, Gesundheit und Sport für alle durch eine Teilhabekarte, durch Zuschüsse für digitale Lernmittel und vergünstigte Gebühren,
- Qualifizierung und Existenzsicherung statt Hartz-Armut und Sanktionen, Verbot von Strom- und Gasabschaltungen und Zwangsentmietungen,
- Wohnungslose unterstützen, bessere Bezahlung für die städtische Sozialarbeit und Jugendhilfe.

2. Arbeit und Wirtschaft für alle: Gute Bezahlung, Menschen vor Profite

Schlechte Bezahlung, Tariffucht und Corona-Opfer – wir halten dagegen!

Die Deregulierung des Arbeitsmarktes hat uns in Deutschland den größten sogenannten „Niedriglohnsektor“ Europas beschert. Das heißt: Millionen Menschen können von ihrer regulären Arbeit nicht leben. Sie brauchen Überstunden, einen Nebenberuf oder eine Aufstockung vom Arbeitsamt. In Wiesbaden gibt es darüber hinaus zu wenig gute Arbeitsplätze, die Arbeitslosigkeit ist höher als in anderen Städten des Rhein-Main-Gebiets. Armut, soziale Ausgrenzung, Sozialabbau und Lohndumping haben sich verschärft.

Auch im öffentlichen Dienst sind die Bedingungen in der Vergangenheit schlechter geworden. Das liegt nicht nur an Nullrunden im öffentlichen Dienst, sondern auch an der Umwandlung vormals öffentlicher Einrichtungen in Gesellschaften nach Privatrecht, oft GmbHs oder Aktiengesellschaften, oder gar dem kompletten Verkauf öffentlicher Einrichtungen an Großkonzerne. Mehr als 10.000 Menschen arbeiten als Bedienstete der Stadt oder sind in städtischen Gesellschaften beschäftigt. Auf ihre Dienstleistungen sind alle angewiesen und es wird gute Arbeit von ihnen erwartet. Doch krankmachende Arbeitsbedingungen schaden den Beschäftigten und sind für die Erbringung der Dienstleistungen nicht von Vorteil. Die gängige Praxis von Mehrarbeit und sich häufenden Überstunden muss stärker angegangen werden, auch eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist zu gewährleisten.

Die Corona-Epidemie hat weitere Probleme geschaffen. Wir setzen uns aber dafür ein, dass die Folgen der Krise nicht auf die Beschäftigten und Selbstständigen abgewälzt, sondern wirtschaftlich und sozial abgefedert werden. Die Krise darf nicht dazu genutzt werden, Arbeitszeitregelungen zu verschlechtern, Sonntagsarbeit auszuweiten und andere Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu beschneiden. Ganz im Gegenteil: Wir wollen die Wirtschaft stärker am Gemeinwohl ausrichten und Beschäftigte besser schützen.

Für einen guten öffentlichen Dienst – mehr Personal und gute Bezahlung!

Wiesbaden wächst und der öffentliche Dienst muss immer weitere Aufgaben übernehmen, deshalb ist ein Einstellungsstopp geradezu absurd. Vielmehr müsste auch entsprechend mehr Personal eingestellt werden. Angesichts der Altersverteilung der Beschäftigten und der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt muss die Stadt deutlich mehr Ausbildungsplätze schaf-

fen und muss z. B. der stadteigenen Wiesbadener Jugendwerkstatt mit rund 400 Ausbildungsplätzen mehr Aufmerksamkeit widmen, als das in der Vergangenheit geschehen ist. Viele junge Menschen, die nun ihre Schule, Ausbildung oder ihr Studium abschließen, stehen zudem vor einem gewaltigen Problem, denn je nach Bereich ist der Übergang in eine weitere Ausbildung oder in den Beruf durch die Corona-Folgen massiv eingeschränkt. Da der öffentliche Dienst dringend mehr Personal braucht, sollte er jetzt über Bedarf ausbilden und einstellen.

Dabei ist die Zahlung von Tariflöhnen auch bei den städtischen Gesellschaften endlich zu gewährleisten, so wie das vor Jahren eigentlich schon beschlossen wurde. Es ist ein Skandal, dass bei der städtischen WJW bis heute für die über 200 regulär Beschäftigten noch nicht einmal der notwendige Inflationsausgleich gesichert ist. Ein Antrag der LINKE&PIRATEN-Rathausfraktion, dort seitens der Stadt endlich nach TVöD zu zahlen, fand zunächst in den Ausschüssen eine Mehrheit, seine Umsetzung wurde aber durch das „Umfallen“ von SPD, GRÜNEN und BLW/FW vereitelt, die sich dabei an CDU, FDP und AfD orientierten. Es ist aber nicht hinzunehmen, dass der öffentliche Dienst als Arbeitgeber unter Tarif zahlt.

Gegen den Widerstand der rechten Fraktionen machte unsere Rathausfraktion Schwarzarbeit (auch auf städtischen Baustellen), Lohndumping und scheinselbstständige Arbeitsverhältnisse zum Thema in der Stadtverordnetenversammlung. Immerhin konnte erreicht werden, dass effektivere Kontrollen stattfinden sollen. Am Beispiel Köln wird deutlich, dass dies



funktioniert, indem Kontrollen aus den Bußgeldern von Firmen finanziert werden, die das Recht missachten. Wir verlangen aber, dass der Ausbeutung endlich ein Riegel vorgeschoben wird. Auch hier hat Corona gezeigt, unter welch dramatisch schlechten Bedingungen gelebt und gearbeitet wird – um gute Löhne zu umgehen. Die LINKE wird sich auch in Zukunft für die Umwandlung von Leiharbeit in reguläre Beschäftigungsverhältnisse einsetzen.

Öffentliche Aufträge: Tariftreue und öffentliche Interessen durchsetzen

Aufträge im Wert von mehreren hundert Millionen Euro werden von der Stadt Wiesbaden jedes Jahr an externe Unternehmen vergeben. Wiesbaden hat dabei nicht nur die Möglichkeit, sondern nach Auffassung der LINKEN sogar die Pflicht, auf wirtschaftliche Entwicklungen positiv Einfluss zu nehmen. So können regionale, kleinere Unternehmen gefördert werden, statt möglichst viele Aufträge an Großunternehmen zu vergeben, die oft die Arbeit intransparent durch „Sub-Sub-Unternehmen“ erledigen lassen. Und Wiesbaden muss bei der Vergabe öffentlicher Aufträge endlich gewährleisten und kontrollieren, dass soziale und ökologische Standards eingehalten werden.

Alle Arbeiten im Auftrag der Stadt müssen nach Tarif bezahlt werden. Unternehmen, die Tariffahrt begehen, die dauerhaft nicht ausbilden oder soziale und ökologische Standards missachten und deshalb billigere Angebote bei Ausschreibungen abgeben können, dürfen keine öffentlichen Aufträge erhalten. Lohn-, Sozial- und Umweltdumping darf nicht belohnt



werden. Im Gegenteil gilt es, eine soziale, nachhaltige und positive Lohnentwicklung zu fördern.

Sogenannte „Public-private-Partnership“-Projekte lehnt die LINKE ab. Die Erfahrungen zeigen, dass es besser und kostengünstiger ist, wenn die Kommunen selbst investieren, statt Gebäude oder Leistungen über Jahrzehnte viel teurer zurückzumieten. Zukünftige Generationen sollten nicht mit der Erwirtschaftung privater Profite belastet werden.

Für uns LINKE gilt: Es gehört in öffentliche Hand, was wichtig für alle ist! Unter diesem Gesichtspunkt sehen wir uns leider auch in unseren Befürchtungen bestätigt, die wir seinerzeit bei der Privatisierung der Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken geltend gemacht haben. Auch vor diesem Hintergrund lehnen wir mögliche weitere Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen und Leistungen in Wiesbaden strikt ab.



DIE LINKE. Wiesbaden will:

- Zahlung von Tariflöhnen bei der Stadt und ihren Gesellschaften, Beendigung der jahrelangen skandalösen Missachtung des Grundsatzbeschlusses durch die Geschäftsführungen bei WJW und SEG,
- Verpflichtung zu Tariftreue sowie zu Umwelt- und Sozialstandards bei öffentlichen Aufträgen, gegen Schwarzarbeit, Lohndumping und scheinselfbstständige Arbeitsverhältnisse,
- Einrichtung einer Kontrollstelle,
- Keine prekären Arbeitsverhältnisse und keine Ausdehnung von Leiharbeit, sondern Umwandlung in reguläre Beschäftigungsverhältnisse nach TVöD,
- Daseinsvorsorge in öffentliche Hand statt Privatisierung und Profitprinzip, Förderung regionaler, kleinerer Unternehmen statt Vergabe an Großunternehmen,
- Eine Ausbildungsoffensive, die auf die Probleme des „Corona-Jahrgangs“ und auf die drohende Überalterung im öffentlichen Dienst reagiert.

3. Umwelt und Klima für alle: Verbrauch reduzieren, Luftqualität, Wälder und Tiere schützen

Wiesbaden ist eine wunderschöne Kurstadt. Umgeben von Main, Rhein, Rheingau und Taunus, von weltbekannten Kulturlandschaften, Weinbergen und Wäldern. Doch die Folgen von Umweltbelastung und Klimakrise sind auch bei uns spürbar: Hitzesommer und ausbleibender Regen, Smogbelastung und Waldsterben, extreme Wetterereignisse ... Die globale Erhitzung ist nur eine Facette der globalen ökologischen Krise, denn hinzu kommen ein gigantischer Artenverlust und Verschmutzung. Klimakrise und Ressourcenmangel sind wiederum eine weltweite Fluchtursache, weil die ohnehin schon Ärmsten davon am stärksten betroffen sind.

Um die globale Klimakatastrophe aufzuhalten, müssen wir unsere Wirtschaft grundlegend umbauen: sozial, ökologisch und demokratisch. Dies können wir nicht alleine. Aber das müssen wir auch nicht, denn viele Städte und Regionen haben die Zeichen der Zeit bereits erkannt und versuchen nachhaltig umzubauen. Auch Wiesbaden muss dringend weitere Maßnahmen gegen die Klimakrise, ihre Auswirkungen vor Ort sowie gegen das Arten- und Waldsterben in der Region und, wenn möglich, auch darüber hinaus ergreifen. Wir brauchen mehr Initiativen zur Stromeinsparung und zur Umstellung auf lokale erneuerbare Energie, gefördert auch als Minikraftwerke auf den Hausdächern. Wir brauchen eine klimagerechte Stadtentwicklung auch in der Frischluftversorgung und Wärmeregulierung, damit Smog und Hitze nicht dauerhafte Probleme und Gesundheitsrisiken sind. Es geht um mehr als um den Erhalt, nämlich um die zusätzliche Schaffung von Grünflächen, Beschattung, Gewässern und Wald- und Kulturlandschaften.

Viele Plätze in Wiesbaden sind versiegelt. Das verschlechtert das Mikroklima an diesen Orten signifikant. Die LINKE setzt sich daher dafür ein, möglichst viele Flächen wieder zu entsiegeln und Bäche wieder an die Oberfläche zu bringen sowie für Beschattung zu sorgen.



Des Weiteren soll die Vorgartensatzung geändert werden, sodass Steingärten im Stadtgebiet nicht mehr erlaubt sind. Eine insekten- und vogelfreundliche Begrünung soll Pflicht werden.

Klimanotstand ernst nehmen:

Stadt nachhaltig und klimagerecht umbauen!

In Wiesbaden wurde auf Antrag unserer Rathausfraktion der Klimanotstand beschlossen. Denn in den Sommern der vergangenen Jahre bekamen wir alle zu spüren, wie unmittelbar der Klimawandel auch uns in Wiesbaden betrifft. Besonders in der Innenstadt entwickelte sich ein Hitzestau. Die Pflanzen- und die Tierwelt haben extrem unter der Dürre gelitten. Die Stadtplanung muss sich an ändernde Wetter- und Klimaereignisse anpassen, um beispielsweise Hitze und Starkregen abzufedern und eine lebenswerte Umwelt für Mensch und Natur zu erhalten. Eine fehlgeleitete Stadtplanung begünstigte in den vergangenen Jahrzehnten die großflächige Versiegelung von Bodenflächen und eine zu enge Bebauung. Regenwasser fließt dadurch nur oberflächlich ab und kann nicht bis ins Grundwasser einsickern. Frischluftschneisen werden blockiert, die natürliche Luftzirkulation behindert. Die steingewordene Landschaft und ihre Dächer heizen sich auf, speichern tagsüber die Wärme und kühlen nachts nicht genug ab. Mit dem Verkehr steigt die teils extreme Lärm- und Feinstaubbelastung. Wir wollen deshalb einen Klimarahmenplan, nach dem Entwicklungsprojekte der Stadt einem Klima- und Umweltvorbehalt unterliegen. Ein eigener Klimaschutzfonds im Stadthaushalt soll direkter Beratung, Förderung und Investitionen dienen – für eine spürbare Stadt Begrünung, den Schutz des Waldes und die Entsiegelung von Böden, für ein klimaneutrales und immer weiter lebenswertes Wiesbaden.

Tierschutz voranbringen: Lebensraumerhaltung für Wildtiere, bedarfsdeckende Tierheimfinanzierung und Steuerbefreiung für Hunde aus dem Tierschutz

Tiere sind fühlende Wesen. Wir wollen, dass sie auch so behandelt werden. Haus- und Nutztieren steht ein angemessener, artgerechter Umgang zu. Der Lebensraum von Wildtieren muss erhalten werden. Die Rechte von Tieren dürfen wirtschaftlichen Interessen nicht untergeordnet werden. Da sie sich nicht selbst vertreten können, versuchen wir Fürsprecher zu sein. Es ist notwendig, dass die Stadt ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stellt, um die wertvolle, ehrenamtliche Arbeit im Tierschutz, wie die des Wiesbadener Tierheims, auskömmlich zu finanzieren. Wer einen Hund aus dem Tierschutz adoptiert, muss von der Hundesteuer befreit werden. Wir

setzen uns für ein Verbot von Wildtieren im Zirkus ein, da diese dort nicht artgerecht gehalten werden können. Des Weiteren setzt sich die LINKE für die Errichtung einer Rettungsstation für Wildtiere ein.

Keine Bebauung des Ostfelds! Naturflächen und Frischluft-Reserve schützen!

Das Ostfeld ist ein Kaltluftentstehungsgebiet. Damit hat es eine unersetzbare Klimafunktion. Es ist eines von zwei Frischluftquellgebieten in Wiesbaden und eine entscheidende Leitbahn für Kaltluft, die die AKK-Stadtteile, Biebrich und die Mainzer Innenstadt mit frischer Luft versorgt. Das favorisierte Bebauungsszenario versiegelt das Quellgebiet. Die Leitbahnen würden durch die fünfstöckigen Gebäude massiv verengt. Die Folge für die benachbarten Stadtteile wäre eine deutliche Temperaturerhöhung. Das Ostfeld beherbergt neben vielen Äckern, Brachen und Waldstücken ein reiches Insektenleben. Angrenzend an das Baugebiet befindet sich ein Biotop, dessen Quellen durch das Bauvorhaben sämtlich austrocknen würden. Einschließlich notwendiger Infrastruktur müssten 125 Hektar mit erstklassigem Ackerland vernichtet werden. Auf einem Teil davon betreibt die Domäne Mechtildshausen ökologischen Anbau. Neben der Feldlerche und neun weiteren bedrohten Vogelarten sowie der wohl europaweit größten zusammenhängenden Eidechsenpopulation lebt hier der Ameisenbläuling in Symbiose mit Ameisen und es finden sich viele seltene Libellenarten, Wildbienen, Wildkräuter und Brutstätten für Vögel. Die LINKE möchte dieses Stück Natur erhalten und spricht sich deswegen klar gegen die Bebauung des Ostfeldes aus.

Energie sparen und nachhaltig gewinnen: Energieneutrale Stadt Wiesbaden 2035, Aufbau von Photovoltaik-Dachkraftwerken sowie Strom- und Wechselspeichern

Das selbstgesteckte Ziel der Landeshauptstadt Wiesbaden, 20 % des Wiesbadener Stromverbrauchs bis zum Jahr 2020 aus erneuerbaren Energien zu decken, wurde krachend verfehlt. Nicht einmal 10 % wurden erreicht. Das Totalversagen der Koalition aus CDU, SPD und GRÜNEN in diesem Punkt darf nicht folgenlos bleiben. Um die Ziele des Klima-Bündnisses der europäischen Städte e. V. umsetzen zu können, muss der Anteil der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2025 schon auf 60 % steigen. Das langfristige Ziel der Klimaneutralität kann nur durch massive Veränderungen erreicht werden, die endlich begonnen werden müssen.

Bei städtischen Bauten sollten nicht nur die gesetzlichen Verpflichtungen endlich eingehalten, sondern vielmehr das höchste Level an Umweltver-

träglichkeit angestrebt werden. Die LINKE Wiesbaden möchte massiv Dächer begrünen oder mit Solar- oder Photovoltaikanlagen ausstatten, auch durch städtische Förderung und Planung. Öffentliche Gebäude sollten entweder mit Photovoltaikanlagen ausgestattet oder begrünt werden. Gleiches gilt auch für Bushaltestellen und öffentliche Brachflächen.

Natur- und Umweltschutz sind Voraussetzung für eine soziale Gesellschaft und eine lebenswerte Stadt. Die Verbesserung von Lebensbedingungen und -qualität steht im Mittelpunkt unserer Umweltpolitik.

US-Airbase: PFC-Verseuchung abbauen, Lärmbelastung stoppen, US-Militär und Geheimdienste abziehen

Das US-Militär in Wiesbaden ist für massive Umweltverschmutzungen verantwortlich. Auf der Airbase in Wiesbaden-Erbenheim sind 19 Militärflieger stationiert. Durch die Übungsflüge entsteht nicht nur viel Lärm, es wird auch massiv CO² an die Umwelt abgegeben. Für den Ausbau der Airbase wurden 41 Hektar wertvolle Ackerfläche versiegelt. Auf dem ehemaligen Gelände der US-amerikanischen Clay-Kaserne wurden gesundheitsgefährdende Stoffe gefunden – vor allem per- und polyfluorierte Chemikalien (PFC), die bis ins Grundwasser vorgedrungen sind. Die Verseuchung des Geländes ist so stark, dass Brunnen in der Umgebung geschlossen werden

Das Ostfeld in Wiesbaden ist ein Kaltluftentstehungsgebiet.
Hier soll ein Wohn- und Gewerbegebiet entstehen.



mussten. Auch die BIO-Landwirtschaft der Domäne Mechthildshausen ist davon betroffen. Das Areal muss auf Kosten der US-Streitkräfte umgehend saniert werden. Die LINKE fordert ohnehin die sofortige Einstellung des US-Drohnenkrieges und der NSA-Überwachung und den Abzug des US-Militärs sowie des US-Geheimdienstes aus Wiesbaden und ganz Deutschland.



DIE LINKE. Wiesbaden will:

- Klimanotstand ernst nehmen: Die Stadt nachhaltig und klimagerecht umbauen! Dach- und Fassadenbegrünung, Entsiegelung und Schutz von Wald und von Naturflächen,
- Tierschutz voranbringen: Lebensraumerhaltung für Wildtiere, bedarfsdeckende Tierheimfinanzierung und Hundesteuerbefreiung für Hunde aus dem Tierschutz,
- Keine Bebauung des Ostfelds! Naturflächen und Frischluft-Reserve schützen!
- Energie sparen und nachhaltig gewinnen: Energieneutrale Stadt Wiesbaden 2035, Aufbau von Photovoltaik-Dachkraftwerken sowie von Strom- und Wechselspeichern,
- US-Airbase: PFC-Verseuchung abbauen, Lärmbelastung stoppen, US-Militär und Geheimdienste abziehen.

4. Bildung für alle: Mehr Personal, gute Bezahlung und Investitionen in unsere Schulen und Kindertagestätten!

Sofortige Schulsanierung und Kita-Ausbau

Der jahrzehntelange Sanierungsstau bei den städtischen Bildungseinrichtungen dauert an. In den letzten Jahren konnte durch das Bündnis für Schulsanierung Einfluss auf die städtischen Haushaltsberatungen genommen werden, mit Erhöhungen von mehreren zehn Millionen Euro. Die LINKE wird dieses Bündnis aus Stadtelternbeirat, Stadt Schüler*innenrat, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Elternbund und anderen weiter unterstützen. Denn der Investitionsbedarf wird immer noch auf mehrere hundert Millionen Euro geschätzt. Undichte Decken, verschimmelte Gebäudeteile, wegen Baufälligkeit gesperrte Klassenräume, Unterrichtsausfall wegen zu kleiner oder fehlender Sporthallen sind ein Unding für unsere Kinder und die Lehrkräfte. Die besonderen Hygienebedingungen wegen Corona haben noch einmal deutlich gemacht, wie katastrophal es um die sanitären Bedingungen in den Schulen bestellt ist – von der Digitalisierung ganz zu schweigen. Zum Teil lässt sich gar nicht richtig lüften, weil Fenster nicht geöffnet werden können, während andere auch im Winter völlig undicht sind. Die für 14 Schulen in den Haushaltsjahren 2020/21 anstehende Sanierung von Schultoiletten war überfällig und muss für weitere Schulen zügig vorgenommen werden. Auch die Heizungsanlagen, von denen viele immer wieder ausfallen, müssen endlich saniert werden. Die LINKE unterstützt Aktionen gegen den skandalösen Zustand unserer Schulen, um auf



die SPD/CDU/GRÜNE-Rathausmehrheit den notwendigen politischen Druck auszuüben, damit über zusätzliche Investitionsprogramme endlich deutlich mehr in Schulen und Kindertagesstätten investiert wird. Deshalb soll sich die Stadt z. B. auch mit anderen Kommunen im Städtetag für ein „Sonderkonjunkturprogramm“ für Schulen und Kindertagesstätten einsetzen, wie es Bund und Länder in der Finanzkrise 2009 aufgelegt hatten. Es ist zu klären, warum Gelder aus dem 5 Milliarden schweren „Digitalpakt“ der Bundesregierung nicht bei unseren Schulen ankommen.

Verbesserung der Personalschlüssel und Entlohnung in Schulen und Kitas, Gebührenfreiheit und Erhöhung des Versorgungsgrades mit Kita-Plätzen

Für das Personal an Schulen ist überwiegend das Land zuständig. Aber auch hier kann und muss sich die Stadt stärker engagieren, vor allem was die Entlastung bei der Schulsozialarbeit, in den Schulsekretariaten und in der Hausmeistertätigkeit angeht. Auch bei der Entwicklung von Ganztagsangeboten mit der Einrichtung von Küchen und Mensen hat die Stadt einen wichtigen Beitrag zu leisten. Die LINKE unterstützt alle Maßnahmen, die längeres gemeinsames Lernen ermöglichen. Anträge von Schulen zur Umwandlung in integrierte Gesamtschulen (IGS) sollen möglichst schnell bewilligt werden. Für die Schulen ohne eigene gymnasiale Oberstufe muss es auch künftig ausreichend Plätze an besonderen Oberstufengymnasien geben. Deshalb unterstützt die LINKE auch die Forderung nach Wiedereröffnung der gymnasialen Oberstufe an der IGS Wilhelm-Leuschner-Schule, deren Angebot den gymnasialen Bildungsgang stärken könnte.

Bildung fängt bei den Kleinsten an. Kinder brauchen Kinder!

Für die Entwicklung ist der frühe Kontakt zu Gleichaltrigen und zu den sie fördernden Bezugspersonen wichtig. Frühkindliche Bildung kann auch sozialen Benachteiligungen entgegenwirken. Nötig sind ausreichend Kita-plätze, kleine Gruppengrößen und angemessen bezahltes und gut ausgebildetes Personal. Denn für eine gute Qualität der Betreuung und Bildung der Kleinsten brauchen wir nicht nur mehr Kita-Plätze, sondern vor allem auch mehr pädagogisches Personal. Die Entlohnung dieser Berufsgruppe muss ihrer gesellschaftlichen Bedeutung entsprechend endlich deutlich steigen.

Der Bedarf an Plätzen in Kindertagesstätten (Kitas) ist in Wiesbaden immer noch nicht gedeckt. Oft müssen täglich lange Fahrtstrecken zur Kita in Kauf genommen werden. Wir fordern, dass Kitas als Bildungseinrichtungen beitragsfrei werden, so wie in Rheinland-Pfalz. Die Standards

in den städtischen Kindertagesstätten hinsichtlich der Gruppengrößen und des Einsatzes gut bezahlten und qualifizierten Personals müssen verbessert werden. Diese Standards müssen auch in Einrichtungen freier Träger gelten.

Die derzeitige Politik hat zu verantworten, dass die Kinderbetreuung in Wiesbaden viel zu zögerlich ausgebaut wurde. Die Forderungen der LINKEN und von Gewerkschaften nach Aufwertung und besserer Entlohnung der Fachkräfte blieben ungehört. Teilweise wurden sie von Seiten verantwortlicher Wiesbadener Politiker*innen öffentlich sogar abgestritten.

Die Folgen sind teils dramatisch: In vielen Kitas gibt es unbesetzte Stellen, weil zu wenig Fachpersonal vorhanden ist. Auf der anderen Seite stockt der Ausbau. Um die Zukunft der Kitas sicherzustellen und den Ausbau voranzubringen, braucht es neben wichtigen Ausbildungs- und Investitionsprogrammen eine Aufwertung der Arbeitsbedingungen in den Kitas. Als größter Träger von Kitas muss die Stadt flächendeckend Supervision in den Kitas finanzieren und auch bei den freien Trägern sicherstellen. Auch kleine Kitas brauchen freigestellte Leitungen. Die Kitas brauchen endlich wieder freie Hand bei der Vergabe von Integrationsstunden. Der Ausbau von Kindertagesstätten darf nicht zu weniger Qualität führen. Daher gilt: Keine Vergabe von Fachkraftstunden an Sozialassistent*innen!

Förderung der Breitenbildung und Ausstattung der Schulen mit Internet und digitalen Lernmitteln – freies Internet!

Die Stadt hat eine besondere Verantwortung für die Zugänglichkeit zu Bildungsangeboten wie den Volkshochschulen, der Mediathek und den Stadt-



teillbibliotheken. Sie dürfen keinesfalls geschlossen werden und die Nutzung darf nicht an Benutzungsgebühren scheitern. Wir setzen uns für eine Verlängerung der Öffnungszeiten der Stadtbibliotheken und die Ausweitung von Online-Angeboten ein. Dies ist durch die Einstellung von mehr Personal möglich. Zudem fordern wir weitaus mehr öffentliches WLAN im Stadtgebiet. Wir brauchen eine viel bessere digitale und zeitgemäße Ausstattung der Schulen, auch um eine bessere Teilhabe an Bildung für alle zu ermöglichen. Die Beschränkungen in der Corona-Pandemie haben die Defizite hierbei ganz besonders deutlich gemacht. Auch der Weiterbildung von Lehrkräften und technischen Schulassistent*innen wurde zu wenig Bedeutung beigemessen. Zu lange verließ sich die Stadt darauf, dass die Mängel in diesem Bereich privat ausgeglichen werden. Es gab weder konkrete Vorstellungen, wie Homeschooling in Ausnahmesituationen stattfinden kann und wie die Kommunikation zwischen Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern stattfinden soll, noch wie Lernen und Unterrichten im virtuellen Klassenzimmer pädagogisch, didaktisch und technisch ablaufen soll. Schulen oder gar einzelne Lehrkräfte handelten bisher bei der Auswahl von Tools und Plattformen weitgehend alleine.

Um dieser Situation Abhilfe zu schaffen, soll die Stadt ein großangelegtes Digitalisierungsprogramm für Bildungseinrichtungen auflegen. Die Gestaltungsmacht über Prozesse der Digitalisierung muss bei der öffentlichen Hand sowie den Lehrenden und Lernenden liegen. Digitale Lernmedien sind nur insoweit sinnvoll, als sie pädagogische Ziele befördern und Schulen als soziale Räume erhalten.



DIE LINKE. Wiesbaden will:

- Sofortige Schulsanierung und Kita-Ausbau durch Investitionsprogramme, Unterstützung der Schulen für längeres gemeinsames Lernen und Inklusion,
- Verbesserung der Personalschlüssel und Entlohnung in den Kitas, Rücknahme der Gebührenerhöhungen, Einführung der Gebührenfreiheit,
- Ausstattung der Schulen mit Internet und digitalen Lernmitteln, Förderung von öffentlichen Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie freies WLAN.

5. Mobilität für alle: Vorrang für Mensch und Umwelt, Rad und ÖPNV

Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. DIE LINKE tritt aus ökologischen und sozialen Gründen für einen besseren ÖPNV, mehr Raum für Radfahrer*innen und für Fußgänger*innen sowie den Ausbau des Carsharing-Angebots ein. Das ist langfristig ohnehin unumgänglich, weil der fossile Brennstoff-Motor auch aus Umweltgründen ein Auslaufmodell ist und wir mit ihm abhängig von Erdöl bleiben.

Auch nach dem Aus für eine Straßenbahn (CityBahn) durch den Bürgerentscheid am 1. November 2020 bleibt das Ziel einer Verkehrswende, um die Stadt von Staus und zunehmender Umweltbelastung, vor allem durch Stickoxide und Feinstaub zu entlasten. Das heißt nach wie vor mehr Platz für den ÖPNV, Fußgänger*innen und Radfahrer*innen. Aber auch für den zunehmenden Pendlerverkehr müssen Lösungen gefunden werden.

Eine Citymaut sieht DIE LINKE als denkbare Instrument, um Verkehrsbelastungen, Staus und Emissionen zu reduzieren. Hierzu bedarf es einer bundeseinheitlichen Regelung.

Wir unterstützen alle bündnisfähigen gesellschaftlichen Kräfte unserer Stadt bei der Vorbereitung einer erneuten Bürgerbefragung zum Bau der Citybahn im Jahre 2023.



Die Nutzung von Bus und Bahn, Radfahren und Zu-Fuß-Gehen ist gleichberechtigt mit dem motorisierten Individualverkehr (MIV) zu ermöglichen. Die von ihm ausgehenden Belastungen für Mensch und Umwelt durch Abgase, Feinstaub, Lärm und Flächenversiegelungen können und müssen verringert werden. Langfristig streben wir eine autofreie Innenstadt an, ohne dass Menschen in diesem Bereich in ihrer Mobilität eingeschränkt werden. Dabei muss die Stadt für Krankenwagen, Lieferverkehr und Handwerker zugänglich bleiben.

Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs

Das Scheitern der Citybahn rückt die Entwicklung des Busverkehrs in der Innenstadt noch mehr in den Fokus. Busse werden auf nicht absehbare Zeit den öffentlichen Verkehr in der Innenstadt alleine bewältigen müssen.

Die Fahrgastzahlen von ESWE Verkehr steigen jährlich, viele Buslinien operieren in den Stoßzeiten bereits am Limit. Wesentliche Voraussetzung für eine weiterhin hohe Akzeptanz sowie steigende Fahrgastzahlen im ÖPNV sind der Fahrkomfort, die Pünktlichkeit und die Vernetzung.

Die LINKE strebt daher den weiteren Ausbau des ÖPNV-Netzes an. Das heißt: eigene Bus- und Busbeschleunigungsspuren auf allen stauanfälligen Streckenabschnitten und neu auf weiteren Hauptstraßenachsen für zusätzliche Linienangebote. Wir streben zudem die Ausweitung des Liniennetzes in die Region an, um die Einzugsgebiete besser an den kommunalen ÖPNV anzubinden.

Die bisher bestehenden Überlandlinien sind hierzu nur bedingt geeignet. Die bereits umgesetzte Verlängerung der Buslinie 5 nach Rauenthal (Eltville) soll hierzu als Vorbild dienen.

In den Senioren- und Schülertickets sehen wir einen Schritt in die richtige Richtung. Dieser Weg muss durch eine Ausweitung auf alle Nutzer*innen des ÖPNV ausgeweitet werden. Wir streben das sogenannte „Wiener Modell“ an: ein 365-Euro-Jahresticket für alle. Die monatlichen Kosten für Mobilität dürfen dabei die ÖPNV-Pauschale der Sozialleistungen nicht übersteigen. Dies sollte auch im gesamten RMV-Tarifgebiet gelten. Kinder aus Haushalten mit Leistungsbezug nach dem Sozialgesetzbuch II oder XII sollen den ÖPNV kostenlos nutzen können. Die LINKE beabsichtigt, die viel zu hohen RMV-Fahrpreise stufenweise durch ergänzende Angebote zu senken und langfristig einen Nulltarif einführen, damit Busse und Bahnen für alle Menschen attraktiv und nutzbar sind.

Eine Privatisierung des öffentlichen Verkehrs lehnt die LINKE entschieden ab, den Privatisierungssinn von WiBus und ESWE Verkehr zulasten des Personals darf es nie wieder geben.

Die LINKE setzt sich dafür ein, dass sich in den Abend- und Nachtstunden der Fahrplan von ESWE Verkehr noch mehr an den Abfahrts- und Ankunftszeiten der Regionalzüge sowie S-Bahnen orientiert, um kurze Umsteigezeiten und einen Anschluss zu garantieren. Wir LINKEN unterstützen hierbei die Einführung von Rufbussen. Eine Ausweitung von Ring- oder Querverbindungen zwischen einzelnen Vororten ohne Innenstadtanbindung begrüßen wir ebenfalls.

Die Wiesbadener Taxis und das Carsharing sollten als wichtiger, integraler Bestandteil des ÖPNV in die Planungen einbezogen werden. Einer vermehrten Ausweisung von alleinigen Carsharing-Parkplätzen stehen wir im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten aufgeschlossen gegenüber.

Ausbau der Aartalbahn und der Ländchesbahn

DIE LINKE begrüßt die gegenwärtigen Prüfungen zur Reaktivierung der Aartalbahn. Dies fordern wir seit vielen Jahren. Nur eine Schienenanbindung der umliegenden Taunusgemeinden kann den 1. und 2. Ring vom zunehmenden Pendlerverkehr aus den Taunusgemeinden entlasten.

Aus diesen Gründen, also der besseren Anbindung von Umlandgemeinden durch einen guten ÖPNV, unterstützen wir auch eine Ausweitung der Ländchesbahn. Eine Reaktivierung der Aartalbahn auf voller Länge mit den möglichen Haltepunkten und Bedarfshalten Kohlheck/Klarenthal, Dotzheim, Schiersteiner Straße/Waldstraße und Biebricher Allee/Landesdenkmal wäre für Pendler*innen aus dem Untertaunus ein Angebot zum Umsteigen auf die Schiene und würde die Wiesbadener Innenstadt entlasten.

Sie käme auch der Wiesbadener Bevölkerung zugute. Wichtig wären rasche Anbindungen und Umsteigemöglichkeiten im Hauptbahnhof und im Bahnhof Wiesbaden Ost in Richtung Mainz, Frankfurt, Flughafen, Darm-

Stillgelegte Aartalbahn reaktivieren! Hier Bahnhof Dotzheim



stadt, Rheingau und Niedernhausen, zu Stoßzeiten auch durchgehende Züge aus dem Taunus in das Rhein-Main-Gebiet.

Mit dem von uns seit 2008 geforderten Bau der Wallauer Spange entsteht endlich eine attraktive schnelle Anbindung Wiesbadens an den Flughafenbahnhof. Für Pendler in das Rhein-Main-Gebiet ebenso wie für Reisende in den Fernzügen der DB aus Wiesbaden und Umgebung wird damit der Umstieg vom Auto auf die Schiene wesentlich attraktiver. Ein Haltepunkt im Bereich Nordenstadt/Delkenheim/Wallau ist unbedingt nötig, um die östlichen Wiesbadener Vororte besser an das Regional- und Fernverkehrsnetz anzubinden.

Die Leistungsfähigkeit der gescheiterten Citybahn können Ländches- und Aartalbahn jedoch nicht ersetzen. Wir halten dicht getaktete Schienenverbindungen in der gesamten Region, sowie dem Wiesbadener Hauptbahnhof, der Innenstadt und weiteren den hoch verdichteten Stadtteilen nach wie vor für sinnvoll, wenn nicht sogar unerlässlich. Daher werden wir Planungen zu Straßenbahnprojekten auch zukünftig aufgeschlossen und unterstützend gegenüberstehen.

Barrierefreiheit

Die LINKE tritt dafür ein, sämtliche Bushaltestellen im Stadtgebiet schnellstmöglich entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen aus dem Personenbeförderungsgesetz im Sinne der Barrierefreiheit umzugestalten.

Die bereits umgewandelten Bushaltestellen stellen lediglich eine Barriere-minderung dar. Wir wollen zudem eine schnelle barrierefreie Vernetzung der zentralen Bushaltestelle „Mainz-Kastel Brückenkopf“ mit dem S-Bahnhof „Mainz-Kastel“ erreichen. Die taktilen Elemente für sehbehinderte Menschen wollen wir zügig ausbauen.

Radverkehr

Der Radverkehr ist oft die ökologisch und ökonomisch sinnvollste und auch die schnellste Verkehrsart im innerstädtischen Verkehrsmix.

Mit einem gut ausgebauten und sicheren Radwegenetz kann der drohende Verkehrskollaps abgewendet werden. Die LINKE begrüßt und unterstützt die Maßnahmen des Verkehrsdezernats der vergangenen Jahre. Nach jahrelangem Stillstand wird nun endlich nachhaltig und sinnvoll in den Radverkehr investiert. Dennoch stellen die sich in Planung und Umsetzung befindlichen Maßnahmen lediglich einen Anfang dar.

Die LINKE erinnert daran, dass vieles nur aufgrund der Klage der deutschen Umwelthilfe und des drohenden Dieselfahrverbots von der rot-schwarz-grünen Kooperation umgesetzt worden ist. Die LINKE will den

Ausbau des Radverkehrs auch ohne Klageverfahren. Die Frage der Sicherheit spielt für viele Menschen eine entscheidende Rolle bei der Auswahl ihrer täglichen Verkehrsmittel. Wiesbaden braucht deshalb ein geschlossenes Radwegenetz in der Innenstadt sowie sichere, ausreichende und komfortable Verbindungen in und zwischen den äußeren Stadtteilen sowie in die Nachbargemeinden. Die Umsetzung sicherer und breiter Radwege darf nicht mehr an Parkplätzen oder Fahrspuren für den motorisierten Individualverkehr scheitern. Radwege, die viel zu schmal für eine sichere Benutzung sind, lehnen wir LINKEN ab. Wir wollen stattdessen an viel befahrenen Straßen geschützte Radverkehrsanlagen, sogenannte „Protected Bike Lanes“ einrichten. Auf diese Weise soll der Radverkehr vor dem fließenden Pkw-Verkehr geschützt werden, gleichzeitig wollen wir so ein Parken auf den Fahrradspuren verhindern. Darüber hinaus unterstützen wir die in Teilen bereits erfolgte Umsetzung des Konzepts der Umweltsuren, also breiter Verkehrsspuren, auf denen ausschließlich Fahrräder, Busse und in Ausnahmefällen Taxen fahren dürfen.

Bei der Neuaufteilung von Verkehrsflächen, wollen wir ebenfalls sichere und gut ausgebaute Fahrradverbindungen umsetzen.

In dem bereits lange geplanten Radschnellweg zwischen Mainz und Wiesbaden sehen wir eine wichtige Verbindung, deren Ausbau wir beschleunigen und zeitnah umsetzen wollen.

Die LINKE fordert zudem mehr Fahrradabstellplätze im öffentlichen Raum. Erfreulicherweise gibt es in Wiesbaden zunehmend mehr Lastenfahrräder.



Sie stellen insbesondere für kurze innerstädtische Verbindungen eine attraktive Alternative zum eigenen Auto dar. Die LINKE möchte diesen Trend weiter vorantreiben und unterstützt die „Teilfinanzierung“ der Landeshauptstadt Wiesbaden bei deren Anschaffung. Dies wollen wir auch in der kommenden Wahlperiode aufrechterhalten.

Alle Maßnahmen, den lokalen Lieferverkehr auf Lastenfahrräder zu verlagern, unterstützen wir. Die LINKE will auch Infrastrukturverbesserungen für Radfahrende in Wiesbadener Unternehmen fördern, z. B. bei der Schaffung von sicheren Abstellplätzen, Duschmöglichkeiten sowie Ladestationen für E-Bikes.

Wir wollen die Ausweitung von ESWE-„meinRad“ fördern und perspektivisch auch Pedelecs/E-Bikes und Lastenräder anbieten. Hierbei sollen die ersten 30 Minuten kostenfrei sein. Zusätzlich zur App soll die Ausleihe zukünftig auch per Chipkarten möglich sein. Wir möchten die zu erwartende kontinuierliche Zunahme des Radverkehrs an zentralen Verkehrspunkten mit Fahrradzählern dokumentieren.

Fußverkehr

Der Fußgängerverkehr spielt im innerstädtischen Verkehrsmix in Wiesbaden eine erfreulich hohe Rolle, jedoch ist der Anteil der zu Fuß zurückgelegten Wege rückläufig. Um das Zu-Fuß-Gehen attraktiver zu gestalten, muss die Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums verbessert werden. Dies setzt eine Ausweitung von verkehrsberuhigten Quartieren, Spielstraßen sowie Fußgängerzonen mit Sitzmöglichkeiten voraus. Wegverbindungen sind beispielsweise durch das Abflachen von Bordsteinen dort, wo es nötig ist, barrierefrei zu gestalten. An Kreuzungen muss es direkte Übergänge ohne große Umwege und mehrere Rotphasen geben. In den Stadtvierteln sind Kreuzungen und Einmündungen durch bauliche Maßnahmen vor widerrechtlichem Pkw-Parken zu schützen, um eine sichere Querung ohne Sichthindernisse zu ermöglichen. Die jüngsten Verkehrsberuhigungen in der Wellritzstraße, der Hafenstraße oder im Künstlerviertel begrüßen wir.

Parkplätze

Auch in Bezug auf Parkflächen fordern wir eine Verkehrspolitik mit Lenkungswirkung. Maßnahmen, die SUVs begünstigen, lehnen wir entschieden ab. Das bedeutet, dass wir keinen breiteren Parkplätzen oder Fahrspuren zustimmen werden. Auch Kurzzeitparkplätze in der Innenstadt oder sogenannte Brötchentasten an Parkuhren lehnen wir ab, weil sie zur weiteren Chaotisierung des Verkehrs beitragen.

Die LINKE strebt hingegen eine Rekommunalisierung der innerstädtischen Parkflächen, vornehmlich in Parkhäusern, an. Wo dies wegen langfristiger Verträge nicht möglich ist, streben wir Vereinbarungen mit den Pächtern zum Bewohnerparken in Innenstadtbereichen an. Das zentrale Parken in Parkhäusern oder Quartiersgaragen kann zum einen der Parkplatzproblematik in hoch verdichteten Wohngebieten entgegenwirken, zum anderen können gleichzeitig Flächen im öffentlichen Raum für den Rad- und Fußgängerverkehr sowie den ÖPNV attraktiver gestaltet werden.

Geschwindigkeitsbegrenzungen – Straße als Lebensraum

Überhöhte Geschwindigkeit stellt nach wie vor die Unfallursache Nummer eins dar. Gerade in Städten sind hohe Geschwindigkeiten eine große Gefahr für alle am Verkehr Teilnehmenden. Die LINKE steht daher im Sinne einer höheren Verkehrssicherheit für eine Reduzierung der Höchstgeschwindigkeiten. Analog zu den jüngst in Mainz umgesetzten Maßnahmen streben auch wir daher eine deutliche Ausweitung von Tempo-30-Zonen, auch auf den Hauptverkehrsachsen, an. In Bereichen mit hohem Fußgänger*innen-aufkommen sowie in der Nähe von Schulen und Kindergärten befürworten wir zudem Maßnahmen zu Tempo-20-Zonen. Einer Ausweitung von verkehrsberuhigten Zonen steht DIE LINKE ebenfalls aufgeschlossen gegenüber. Projekte zur Verkehrsberuhigung sollten mit breiter Bürgerbeteiligung umgesetzt werden.

DIE LINKE. Wiesbaden will:

- Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), 365-Euro-Jahresticket für alle, perspektivisch Nulltarif,
- Zügiger Ausbau der Aartalbahn und der Ländchesbahn, Vorrang für Bus und Bahn, Radverkehr und Fußgänger, kein Umbau zugunsten von SUVs,
- Straße als Lebensraum: Geschwindigkeitsbegrenzungen und Barrierefreiheit.



6. Wohnraum für alle: Bezahlbares Wohnen statt Verdrängung und Leerstand – für eine sozial-ökologische Stadtplanung

Was haben diejenigen zu sagen, die hier leben, arbeiten und wohnen? Wir LINKEN setzen uns für eine Stadtentwicklung ein, die Rücksicht nimmt auf die Bedürfnisse nach Kommunikation, nach kulturellen Angeboten, nach Naherholung und einer wohnortnahen Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs, eine Stadtentwicklung, die Integration und soziale Mischung fördert statt Segregation.

Die LINKE setzt sich für eine lebendige Innenstadt ein, in der die Menschen nicht nur in Bezug auf Konsum gefragt sind. Die hohen Ladenmieten in den zentralen Geschäftsstraßen und in den großen Einkaufszentren können nur die bekannten Handelsketten zahlen. Statt origineller Vielfalt und einer Orientierung an den Interessen der Kund*innen wird das Angebot mehr und mehr auf gewinnträchtige Waren reduziert. Die Kundenströme werden zu den großen Einkaufszentren gelenkt, was zur Folge hat, dass abseits gelegene Straßenabschnitte wie die obere Luisenstraße und das Kirchenreulchen veröden. Immer größere Verkaufsflächen führen zu einem brutalen Verdrängungswettbewerb im Einzelhandel.

Bis 2003 hatte für viele Jahre die Erhaltungssatzung die soziale und bauliche Entwicklung der Stadt bestimmt. Dann wurden städtische Immobilien im großen Stil verkauft, das städtische Wohnungsamt aufgelöst und die städtischen Wohnungsgesellschaften in GmbHs umgewandelt. Damit ist die politische Steuerung der Stadtentwicklung erschwert. Die Interessen des Kapitalmarktes werden begünstigt.

Die LINKE setzt sich für Milieuschutzzatzungen ein, um Leerstand, Luxus-sanierungen und die Verdrängung von Anwohner*innen in „billigere“ Gebiete zu verhindern.

Für eine soziale Wohnungspolitik

Soziale Wohnungspolitik ist eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Mieterinnen und Mieter dürfen nicht der Willkür eines unregulierten Wohnungs- und Finanzmarktes ausgesetzt werden.

Die Zahl der beim städtischen Wohnungsservice registrierten Wohnungsgesuche von ca. 3.200, die ca. 7.000 Menschen repräsentieren, ist seit Jahren gleich geblieben. Es gibt allein 900 Dringlichkeitsfälle. Besonders betroffen sind Menschen mit geringem Einkommen, kleine Selbstständige, Alleinerziehende und Menschen mit Migrationshintergrund. Wer seine ehemalige Wohnung verliert oder nicht mehr halten kann, steht vor drastisch

gestiegenen Mieten. Der hohe Bedarf an bezahlbaren Wohnungen ist in der auf Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion erstellten Wohnbedarfsanalyse 2018 bestätigt worden. Ca. 2.000 Geflüchtete leben noch immer in Gemeinschaftsunterkünften. Ca. 40 % der in Wiesbaden lebenden Menschen sind berechtigt, eine Sozialwohnung zu beziehen. Die vielen hochpreisigen Neubauten, die an vielen Stellen der Stadt entstehen, fördern den Zuzug zahlungskräftiger Schichten nach Wiesbaden, decken jedoch nicht den wirklichen Bedarf an Wohnungen.

Die Quote von 15 % zu errichtenden Sozialwohnungen bei Neubauprojekten mit mehr als 25 Wohneinheiten wurde von der Kooperation von SPD, CDU und Grünen 2017 zwar auf 22 % erhöht, sie gilt nun aber erst bei Neubauprojekten ab 60 Wohneinheiten. Obendrein sorgen Ausnahmeregelungen dafür, dass unter dem Strich kaum mehr Sozialwohnungen gebaut werden als vorher. Deren Zahl fällt weiter: Der Bestand an Sozialmietwohnungen ist von ca. 28.000 Anfang der 1990er-Jahre auf nur noch knapp 9.000 im Jahr 2014 gefallen. Im Durchschnitt fallen ca. 266 Wohnungen pro Jahr aus der Bindung. Allerdings waren es 2017 allein mehr als 1.100!

Viele Aktivitäten der LINKEN wie die gegen Leerstand am Bismarckring 26, aber auch Anträge, Anfragen und Pressemitteilungen haben dazu beigetragen, dass das Thema „Bezahlbarer Wohnraum“ in der öffentlichen Diskussion eine Rolle spielt. Die LINKE setzt sich deshalb bei Neubauprojekten mit mehr als 20 Geschosswohnungen für eine Mindestquote von 33 % geförderten Wohnungen und 33 % Mietwohnungen und/oder Woh-

Sozialwohnungen in der Wilhelmstraße? – Fehlanzeige!



nungen nach Konzeptvergabe ein. Für städtische Wohnungsgesellschaften soll die Vorgabe von 50 % geförderten Wohnungen bei Neubauprojekten gelten. Mietpreisbindungen sollten bei städtischen Gesellschaften unbegrenzt und bei privaten Investoren mindestens 30 Jahren gelten.

Wir wollen die Wiedereinführung der Verordnung über das Verbot von Wohnraumzweckentfremdung und ein Vetorecht für Kommunen bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen.

Ein Mietendeckel für Wiesbaden!

Die GWW ist in Wiesbaden die wichtigste Akteurin beim Bau von Sozialwohnungen. Damit sie diese Aufgabe auf lange Sicht wahrnehmen kann, muss auf die Ausschüttung der GWW von 3,75 Mio. Euro pro Jahr an die GWI – die städtische Dachgesellschaft für Immobilien – zugunsten des Baus von Sozialwohnungen und einer wirksamen Mietpreisbremse verzichtet werden.

Die vergangenen Mieterhöhungen von 2016, 2018 und 2019 haben die Mieter*innen der städtischen Gesellschaften mit etwa 3 Mio. Euro belastet. Bei vielen Mieter*innen der städtischen Gesellschaften, die eher über mittlere Einkommen verfügen, übersteigen die Mietlasten schon jetzt 30 % des Einkommens.

Wir fordern – nach Frankfurter Vorbild –, dass GWW, GeWeGe und SEG die Miete frei finanzierter Wohnungen bis 2028 nur noch um 1 Prozent jährlich erhöhen. Dies wollen auch der Mieterbund Wiesbaden, der Deut-



sche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Initiativen „Wiesbaden sozial“ und „Gemeinwohl hat Vorfahrt“. Nach Berliner Vorbild setzen wir uns dafür ein, dass diese Regelung auch auf privates Wohneigentum übertragen wird.

Neben dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum besteht großer Bedarf an Wohnprojekten für alternative gemeinschaftliche Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser und Gemeinschaftsräume für Kunst, Kultur und Jugendstätten. Auch im Angesicht wachsender Altersarmut besteht Handlungsbedarf. Die Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen gilt es ebenso auszubauen. Das betrifft sowohl die städtische Infrastruktur und den Wohnungsbau wie die Bereitschaft, mit den Betroffenen zusammenzuarbeiten und sie einzubeziehen.

Mitsprache bei Großprojekten

Um eine Stadtentwicklung im Interesse der dort lebenden Menschen zu gewährleisten, unterstützen wir die Bürgerbeteiligung bei Großprojekten und anderen Fragen der Stadtplanung. Versuche, die Rechte der Ortsbeiräte bei der Bauleitplanung zu beschneiden, lehnen wir entschieden ab.

Der Gestaltungsbeirat, dem auswärtige Experten für verschiedene Aspekte der Stadtgestaltung angehören, hat in den letzten Jahren eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung von Bauprojekten gespielt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Vorschläge und Ratschläge dieses Gremiums noch stärker in der Stadtpolitik berücksichtigt werden.



DIE LINKE. Wiesbaden will:

- Einbeziehung der Ortsbeiräte und Bürgerbeteiligung bei allen Fragen der Stadtplanung,
- Milieuschutzesatzungen gegen Verdrängung, Luxussanierung, Zweckentfremdung und Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen (Gentrifizierung),
- Eine Mindestquote von 33 % geförderten Wohnungen und 33 % Mietwohnungen und/oder Wohnungen nach Konzeptvergabe bei Neubauprojekten – für die städtischen Wohnungsgesellschaften sollte die Vorgabe von mindestens 50 % geförderten Wohnungen bei Neubauprojekten gelten,
- Unbegrenzte Mietpreisbindungen bei städtischen Gesellschaften und mindestens 30 Jahre bei privaten Investoren.

7. Gesundheit ist keine Ware: Solidarische und öffentliche Gesundheitsversorgung

Die öffentliche Gesundheitsversorgung sollte das individuelle Wohl der Patient*innen im Auge haben – unabhängig von Einkommen, Alter, Herkunft oder Diagnose. Doch während der Corona-Pandemie sind die Schwachstellen des über Jahre kaputtgesparten und kommerzialisierten Gesundheitssystems deutlich geworden. Es fehlen vor allen Dingen Pflegekräfte – nicht nur in den Krankenhäusern. Deren teils skandalös schlechte Entlohnung und unzumutbarer Arbeitsstress sind unhaltbare Zustände. Gesundheitsversorgung und Pflege dürfen nicht weiter dem Profit- und Konkurrenzprinzip überlassen werden! Wir LINKEN engagieren uns daher für eine bessere Finanzierung des Gesundheitssystems durch eine Bürgerversicherung, in der alle Menschen, die in Deutschland leben, versichert sind. Alle Menschen sollen einen freien und gleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung haben. Das Profitprinzip darf nicht für die Krankenhäuser und die Pflege gelten, Gewinne in diesem Bereich dürfen nicht auf Kosten der Patient*innen, Beschäftigten und der Investitionen gehen. Das Gesundheitswesen wurde aber in den vergangenen Jahrzehnten auch in der Stadt Wiesbaden immer weiter kommerzialisiert, privatisiert und den Gesetzen des Marktes unterworfen. Einsparungen und Leistungskürzungen auf Kosten der Patient*innen und der im Gesundheitsbereich Beschäftigten sind die Folge. Für eine gute Pflege und medizinische Versorgung braucht es aber gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten. Für Wiesbaden als eine Kur- und Gesundheitsstadt wäre dies doppelt wichtig!

Die LINKE setzt sich für die Rekommunalisierung privatisierter und in privatrechtliche Betriebsform übertragene Krankenhäuser ein. Denn Wiesbaden braucht eine flächendeckende medizinische Versorgung, die sich am Bedarf der Bevölkerung orientiert statt an Profiten von Gesundheitskonzernen. Wir wollen eine Gesundheitsversorgung, die sich am Wohl der Patient*innen orientiert und nicht an der Marktlogik, und eine Abschaffung der Fallpauschalen, die in einem profitorientierten Gesundheitswesen dazu verleiten, „lukrativen“ Behandlungsmethoden und Operationen den Vorzug zu geben.

Unter Täuschung der Bevölkerung wurden die Horst-Schmidt-Kliniken (HSK) 2012 teilprivatisiert. Zwar hält die Landeshauptstadt 51 Prozent der Anteile, die Mehrheitsverhältnisse sind jedoch trügerisch, denn in der Gesellschafterversammlung hat die Stadt keine Mehrheit und ist damit ohne Einfluss auf das operative Geschäft. Spätestens seit 2014 herrscht an der HSK vorwiegend ein durch den Helios-Konzern verschuldeter Pfl-

genotstand. Bei einem aktiennotierten Unternehmen stehen Profit und Gewinnmaximierung massiv im Vordergrund. Dabei wird auf die Bedürfnisse des Personals und der Patient*innen nur wenig Rücksicht genommen. Die Qualität in der Versorgung der Bürger*innen verschlechterte sich damit enorm. Krankenhäuser sind jedoch ein wichtiger Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Diese wahrzunehmen und zu schützen ist die Pflicht jeder Kommune!

Für eine Weiterentwicklung des öffentlichen Gesundheitsdienstes

Die LINKE will die Leistungen des Gesundheitsamts in der Gesundheitsvorsorge, -förderung und im Gesundheitsschutz erhalten. Dazu soll es finanziell, personell und technisch so ausgestattet werden, dass es zum Wohle der Bürger*innen steuernd eingreifen kann. Hierauf sind vor allem die materiell und sozial Benachteiligten angewiesen.

Der jährliche Gesundheitsbericht, so wie ihn das Gesundheitsamt für Schulanfänger*innen bereits vorlegt, soll auf weitere Alters- und Personengruppen ausgedehnt werden und allen interessierten Bürger*innen zugänglich gemacht werden. Damit sollen Versorgungslücken erfasst und geschlossen werden. Freie und gemeinnützige Träger müssen bedarfsgerechte Zuschüsse erhalten.

Unterschriften gegen die Teilprivatisierung der HSK 2012



Für ein barrierefreies Gesundheitssystem und ein Altern in Würde

Alle Menschen haben einen gleichberechtigten Zugang zu unserem Gesundheitssystem verdient. Armut, unsicherer Aufenthaltsstatus, körperliche, psychische und geistige Einschränkungen sind besondere Risikofaktoren für die individuelle Gesundheit. Gleichzeitig werden oft Menschen mit diesen Problemen durch das bestehende Gesundheitssystem besonders ausgegrenzt. Wir wollen das städtische Gesundheitswesen von Barrieren für die Betroffenen befreien und das bestehende Hilfs- und Unterstützungsangebot diskriminierungsfrei ausweiten. Die ambulante ärztliche Versorgung soll in öffentlicher Hand und wohnortnah sein, ohne lange Wege oder Wartezeiten. Unterversorgungen muss entgegengetreten werden! Kranke und ältere Menschen sollen möglichst lange selbstbestimmt zu Hause leben können.

Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens macht sich insbesondere in der Altenpflege bemerkbar. Um älteren Menschen eine qualitativ hochwertige und würdevolle Versorgung zu gewährleisten, wollen wir die kommunale Versorgungsstruktur ausbauen. Eine gute ambulante Versorgung in den Stadtvierteln und die Einrichtung alternativer Wohnkonzepte sollen in der Bau- und Stadtplanung berücksichtigt werden.

Wir wollen die Einrichtung eines unabhängigen Beirats in öffentlicher Hand, bei dem Patient*innen und ihre Angehörigen sich über Mängel in der Behandlung in einem der drei Wiesbadener Akutkrankenhäuser (HSK, JoHo, APK) beschweren können.



DIE LINKE. Wiesbaden will:

- Ein solidarisches, gerechtes und barrierefreies Gesundheitssystem, in dem die Versorgung der Patient*innen im Mittelpunkt steht, Bürgerversicherung für alle,
- Gesundheitsförderung statt Wettbewerbsdruck, Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken zurück in die öffentliche Hand, Qualitätsverbesserung in der stationären Altenpflege,
- Schließung von Lücken in der medizinischen Versorgung und dauerhafte Absicherung von Selbsthilfegruppen durch Sach- und Finanzmittel,
- Ein kommunales Versorgungsangebot für Menschen ohne Versicherungsschutz, Barrierefreiheit in Arztpraxen, Krankenhäusern und Einrichtungen der Altenhilfe.

8. Nicht nur Frauensache: Für ein geschlechtergerechtes Wiesbaden und für frauenspezifische Angebote

Frauen sind besonders stark von Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung betroffen. Besonders schwierig ist die Lebenssituation von Alleinerziehenden. In Wiesbaden lebt ein hoher Anteil an Kindern und Jugendlichen mit nur einem Elternteil. Das Armutsrisiko dieser Gruppe ist besonders hoch. Wiesbaden belegt in Hessen bei der Kinderarmut – die immer auch Armut der Haushalte mit Kindern bedeutet – einen traurigen dritten Platz.

Jede vierte Frau wird im Verlauf ihres Lebens Opfer von körperlicher und/oder sexueller Gewalt. Am 1. Februar 2018 trat die Istanbul-Konvention in Kraft. In Bezug auf Prävention, Intervention, finanzielle Unterstützung und personelle Ausstattung von Schutzhäusern und Hilfsangeboten, Opferschutz, Einbindung der Zivilgesellschaft, Weiterbildung, Dokumentation, Monitoring u.v.m. enthält die Konvention auch Maßnahmen, die verpflichtend umzusetzen sind, insbesondere in der Kommune. Die LINKE begleitet aktiv die Umsetzung. Die LINKE setzt sich für die Errichtung eines dritten Frauenhauses in Wiesbaden ein. Ehrenamtliches Engagement von Frauen für Frauen braucht bessere Rahmenbedingungen und stärkere finanzielle Unterstützung. Das gilt auch für das weit über Wiesbaden hinaus bedeutsame Frauenmuseum. Insbesondere in Krisenzeiten, wie unter der Corona-Pandemie und ihren wirtschaftlichen Folgen, müssen Frauenprojekte besonders gefördert werden. Sparmaßnahmen bei frauenspezifischen Einrichtungen, auch als Folge von Einnahmeeinbrüchen beim städtischen Haushalt, lehnen wir ab.

Was sagt es über eine Gesellschaft aus, dass sie sich zwar teure Anwaltskanzleien und Manager-Boni leistet, aber keine Hebammen zur Geburtshilfe mehr hat! In Wiesbaden haben wir es engagierten Hebammen zu verdanken, dass eine Hebammenservicestelle eingerichtet wurde, für deren dauerhafte Finanzierung gesorgt werden muss. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass die Hebammenversorgung in Wiesbaden erhalten bleibt und ausgebaut wird. Insbesondere ist die Hebammenausbildung zu fördern.



Die LINKE setzt sich weiterhin dafür ein, dass die Einrichtungen der kommunalen Frauenbeauftragten und der Beauftragten nach dem Hessischen Gleichstellungsgesetz auskömmlich ausgestattet sind. Die Stellungnahmen beider Beauftragten müssen sich in den Entscheidungen der städtischen Gremien wiederfinden.

Es ist skandalös, dass im Magistrat der Kooperation von SPD, CDU und GRÜNEN keine einzige Frau als Hauptamtliche beteiligt ist. Ebenso glänzen die Mehrheitsfraktionen damit, dass sowohl die gesetzlichen Vorschriften als auch die eingegangenen Selbstverpflichtungen bei der Besetzung der Aufsichtsgremien in den städtischen Gesellschaften und Eigenbetrieben missachtet werden. Wiederholt wurde die Quotierung nicht eingehalten und es gibt sogar „frauenfreie Aufsichtsgremien“.

Die Einrichtung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung hat sich bewährt. Wir setzen uns deshalb für seine Beibehaltung ein.

Ein zentrales Thema – nicht nur, aber vor allem für alleinerziehende Frauen – ist die Sicherung einer flächendeckenden Kindertagesbetreuung. Es gilt, vor allem am Ausbau ganztägiger Kindertagesstätten und Grundschulen mit hohen Qualitätsstandards zu arbeiten. Für den Wiedereinstieg in den Beruf ist die Betreuung der Kinder ein wesentlicher Faktor, mit dem es den Müttern und Vätern gelingen kann, traditionelle Rollenvorstellungen zu überwinden



DIE LINKE. Wiesbaden will:

- Ein Ende der Benachteiligungen und keine Armut von Frauen durch Niedriglöhne; insbesondere Alleinerziehende brauchen soziale und existenzsichernde Unterstützung,
- Kita-Ausbau und Frauenprojekte unterstützen statt Kürzungen und Gebührenerhöhungen; Beratungsangebote, Frauenhäuser und Förderung von jungen Frauen ausbauen,
- Die Quotierung von Entscheidungsgremien und keine Beschränkungen der Teilhabe von Frauen an politischen Diskursen und Entscheidungen,
- Unterstützung für Hebammen sowie den freien Zugang zu Beratungsstellen, Arztpraxen und anderen Einrichtungen – wo notwendig, mit Schutzzonen vor selbsternannten „Lebensschützern“.

9. Kultur für alle: Kulturstadt Wiesbaden fördern, Kunst vor dem „Corona-Tod“ retten, Freiräume und Vielfalt sozial gestalten

Künstlerische Leistungen, kulturelle Bildung und Erinnerungskultur sind Grundlagen einer lebendigen Stadt und Demokratie. Wiesbaden hat eine vielgestaltige Kulturszene mit einem breiten künstlerischen Angebot auf den Gebieten des Theaters, der Musik, der bildenden Kunst, des Tanzes, der Literatur, des Films u. v. m. Viele gemeinnützig arbeitende freie Kulturträger und selbstständige Künstler*innen tragen zur Vielfalt der künstlerischen und kulturellen Aktivitäten in Wiesbaden bei. Auch die freie Kulturszene muss – gerade angesichts der existenziellen Bedrohung durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie – erhalten bleiben, um allen Menschen die Teilhabe am Kulturleben zu ermöglichen. Der Schlachthof mit all seinen Hallen, Räumen und Außenanlagen ist von zentraler Bedeutung für die Kulturszene, die Sport- und die Jugendkultur weit über Wiesbaden hinaus.

Dies alles geht nicht ohne Engagement – und nicht ohne öffentliche Förderung. Die Kunst- und Kulturszene bis hin zu den Eventveranstaltern wurden durch die Corona-Krise hart getroffen. Es ist nicht nur eine Frage von Einzelexistenzen, sondern eine der Gesamtgesellschaft, dass wir den Wert und die Vielfalt unserer Kunst- und Kulturszene erhalten müssen!



Auch die überwiegend ehrenamtlich getragenen örtlichen Initiativen für Stadtteilkulturarbeit sind immer wieder gefährdet. Zu Kostensteigerungen für Kulturinitiativen kommt es neben allgemeinen Preis- und Gebührensteigerungen auch durch Mieterhöhungen städtischer Gesellschaften. Diese sind durch höhere Zuschüsse unbedingt auszugleichen. Kulturelle Einrichtungen und Initiativen dürfen nicht angeblichen Finanznöten geopfert werden, Räumlichkeiten für Kulturarbeit nicht „vermarktet“ werden.

Die LINKE unterstützt deshalb die politischen Aktivitäten der Kulturszene, die auf eine angemessene finanzielle Förderung drängen. Die Erhöhung der Ansätze für Kultur im Rahmen der städtischen Haushaltsberatungen 2020/21 ist ein erster großer Erfolg, der ohne den gemeinsamen Einsatz von Kulturschaffenden, besonders seitens des Arbeitskreises Stadtkultur und des Kulturbeirats, nicht denkbar gewesen wäre. Wir halten die Einrichtung des Kulturbeirats für eine positive Errungenschaft und werden uns dafür einsetzen, dass es ihn auch über das Jahr 2022 hinaus gibt und er bei allen städtischen Kulturentscheidungen beteiligt wird.

Die LINKE setzt sich für einen Kulturentwicklungsplan in Wiesbaden ein. Damit soll für die Kulturschaffenden Planungssicherheit geschaffen und eine professionelle Steuerung der Kulturpolitik gewährleistet werden. Wir wollen angemessene Produktionsbedingungen für alles, was dem Publikum wichtig und was gesellschaftlich nötig ist, seien es freie Theaterproduktionen, Lesungen, Ausstellungen oder Sprachkurse für Geflüchtete. Es braucht Transparenz bei Förderentscheidungen. Wiesbaden hat, was die Höhe der Kultur-Fördermittel angeht, weiterhin einen Nachholbedarf, wenn man es mit den beiden anderen hessischen kreisfreien Städten mit Staatstheater (Darmstadt und Kassel) vergleicht. Dies hat nicht nur die vom Hessischen Rechnungsprüfungshof beauftragte vergleichende Prüfung ergeben, die 2020 veröffentlicht wurde. Wiesbaden hätte als Kultur-, Film- und Medienstandort auch wirtschaftlich viel zu gewinnen, wenn es sich hierbei stärker entwickelt.



Kultur braucht Freiräume. Hierfür muss Wiesbaden Rahmenbedingungen schaffen und Platz für spontane Entwicklungen erhalten. Auch für kleine und neue Gruppen muss es Fördermittel und einen Zugang zu kostenlosen oder bezahlbaren Räumen geben. Dies ist auch möglich aufgrund der im Vergleich zu anderen Städten besseren Finanzlage der Stadt.

Weiterhin unbefriedigend ist die unterirdische Unterbringung des Stadtmuseums. Ein Stadtmuseum sollte der Auseinandersetzung mit der Geschichte Wiesbadens dienen. Es soll dazu beitragen, das Wissen über die Entwicklung der Stadt, so wie sie sich uns heute darstellt, zu vermitteln, und auf diese Weise auch zur Identitätsfindung beitragen. Dies ist gerade in einer Stadt wie Wiesbaden, die im 19., 20. und 21. Jahrhundert sozial sehr verschiedene Zuwanderungen erlebt hat, von größter aktueller Bedeutung. Auseinandersetzungen um Prestigeobjekte wie das „Mietmodell Stadtmuseum“, welches auf Kosten der Kulturlandschaft und an den Interessen der Menschen vorbei durchgedrückt werden sollte, müssen der Vergangenheit angehören. Wir sind froh, gemeinsam mit vielen Menschen und Initiativen – teils parteiübergreifend – das unsinnige „Mietmodell Stadtmuseum“ verhindert zu haben, und bedauern, dass das ehemalige Amts- und Landgerichtsgebäude an der Moritzstraße nicht für die Funktion eines Stadtmuseums genutzt wurde, wofür sich mehrere tausend Bürger*innen engagiert hatten. Das Thema Stadtmuseum gehört wieder auf die Tagesordnung. Während laut Prüfbericht Kassel 12,6 % und Darmstadt 5,4 % seiner Kulturförderung für Museen ausgeben, sind es in Wiesbaden gerade einmal 1,7 %. Dieser Zustand ist beschämend und muss geändert werden.

Die LINKE unterstützt die konkreten Planungen einer (bereits 1986 beschlossenen) Gedenkstätte für die Menschen im Widerstand gegen die Nazidiktatur und für Demokratie in Wiesbaden.



DIE LINKE. Wiesbaden will:

- Teilhabe am Kulturleben für alle, die soziale Gestaltung von Eintrittspreisen und Gebühren, eine deutlich höhere öffentliche Förderung der lokalen Kulturszene,
- Dauerhafte Absicherung des Kulturbeirats, einen Kulturentwicklungsplan und Transparenz bei Förderentscheidungen,
- Eine Perspektive für Stadtmuseum und Walhalla-Theater.

10. Reichtum für alle: Einnahmen erhöhen und investieren, öffentliche Interessen durchsetzen

Nach dem Grundgesetz haben die Gemeinden das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Dieses Recht wird immer weiter eingeschränkt durch Übertragung zusätzlicher Aufgaben ohne die dafür notwendigen Finanzmittel zu vergeben. Während Steuergeschenke für Reiche und Konzerne gewährt wurden, werden Städte und Gemeinden finanziell ausgeblutet. Die kommunalfeindliche Politik der hessischen Landesregierung zeigte sich in den letzten Jahren an massiven Kürzungen im Kommunalen Finanzausgleich (KFA), dem sogenannten „Starke-Heimat-Gesetz“ und an einer Aufsichtspolitik, die notwendige Investitionen verhindert, statt sie zu fördern.

Vor dem Hintergrund historisch niedriger Zinsen, der durch die Corona-Pandemie bedingten Rezession und der dringend notwendigen Investitionen ist es unsinnig, auf durch Kredite finanzierte Investitionen zu verzichten. Die Finanzierung mit Krediten wird für die Landeshauptstadt Wiesbaden immer günstiger. Wir brauchen ein kommunales Konjunkturpaket, um endlich die dringend notwendigen Investitionen in Bildung, Gesundheit, Verkehr und Umwelt vorzunehmen.

Eine Stadt ist für uns zudem kein Konzern und soll auch nicht so geführt werden. Eine wachsende Stadt und wachsende Aufgaben brauchen auch mehr Mitarbeiter und Leistungsangebote. Auch hier wäre es sinnvoll, der steigenden Arbeitslosigkeit durch die Corona-Pandemie mit öffentlicher Beschäftigung entgegenzuwirken!

Die sogenannte „Schuldenbremse“ führt – zumal angesichts gigantischer Rücklagen der Stadt in dreistelliger Millionenhöhe – langfristig sogar zu Kostensteigerungen für die öffentlichen Haushalte, da die Inflationsrate die Kreditzinsen deutlich übersteigt. Auch wird so erschwert, dass Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft durch öffentliche Aufträge geschaffen und erhalten werden, womit wiederum Steuereinnahmen erzeugt werden. Dort, wo man mit Begründung der Schuldenbremse notwendige Sanierungen aufschiebt, werden oft teure Folgeschäden in Kauf genommen. So standen zum Beispiel an Schulen aufwendige Schimmelsanierungen an, weil Dachreparaturen „eingespart“ wurden.

Um bei Investitionen die Schuldenbremse zu umgehen, propagierten diejenigen, die seinerzeit für die Einführung der Schuldenbremse gestimmt hatten, die Auslagerung der Investitionen aus dem städtischen Haushalt an private Firmen und städtische Gesellschaften. Aber auch die Investitio-

nen der städtischen Gesellschaften müssen letztlich von der Stadt bezahlt werden, nämlich über Mieten, zu denen sie sich über Jahrzehnte verpflichtet. In diese Mieten „eingepreist“ sind selbstverständlich auch die Bezüge der Geschäftsführer der Gesellschaften, die bis zu einer Viertelmillion Euro im Jahr betragen, luxuriöse Dienstwagenregelungen inbegriffen, von denen sogar Familienmitglieder profitieren können. Unabhängig von Prokuristen gibt es in manchen städtischen Gesellschaften mehrere Geschäftsführer. Deren Gehälter, die ein Mehrfaches des Gehalts eines Amtsleiters betragen können, fallen also mehrfach an. Auf welcher unverfrorenen Art und Weise sich das „Spitzenpersonal“ in Wiesbaden bis hin zum ehemaligen Oberbürgermeister Gerich selbst bedient hat, wurde bundesweit bekannt und diskutiert.

Bei der Vergabe von Dienstleistungen durch städtische Gesellschaften an Dritte wurde immer wieder gegen geltende Bestimmungen verstoßen. Ebenso gaben dubiose Grundstücksverkäufe Anlass zu Untersuchungen. Die LINKE wird auch in Zukunft aktiv sein, um solche Machenschaften aufzudecken und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Wiesbadenerinnen und Wiesbadener wurden in den letzten Jahren auch von der Kooperation von SPD, CDU und GRÜNEN mit unsozialen Gebührenerhöhungen, zum Beispiel bei den Friedhofsgebühren und Eintrittspreisen bei Schwimmbädern, kräftig zur Kasse gebeten. Zuvor wurden bereits die Kita-Gebühren „saftig“ erhöht. Das ist zutiefst unsozial, denn dadurch werden vor allem normal- und geringverdienende Familien oder Alleinerziehende belastet. Es war die LINKE&PIRATEN Rathausfraktion, die sich in der Stadtverordnetenversammlung diesen unsozialen und letztlich auch stadtwirtschaftlich schädlichen Erhöhungen entgegenstellte.



Eine der wenigen Stellschrauben, mit der Wiesbaden seine Einnahmen zum Nutzen der Allgemeinheit verbessern kann, ist die Gewerbesteuer. Die Kooperation aus SPD, CDU und GRÜNEN hat sich in der Mitte der Wahlperiode endlich durchgerungen, den Hebesatz wieder anzuheben, nachdem das Finanzministerium dies bei der Mittelzuteilung voraussetzte. Aber auch jetzt ist Wiesbaden die einzige Stadt im IHK-Bezirk, die einen niedrigeren Hebesatz als im Jahr 2001 hat. Dennoch wird die Lobby des großen Kapitals in der Stadtverordnetenversammlung aus CDU, AfD, FDP und FWG, nicht müde, regelmäßig bei den Haushaltsberatungen die Senkung der Gewerbesteuerhebesätze zu fordern. Immer wieder weisen wir LINKEN darauf hin, dass Kleinunternehmen aufgrund eines Freibetrags und der Möglichkeit der Aufrechnung mit der Einkommensteuer mehrheitlich von der Gewerbesteuer überhaupt nicht betroffen sind. Die Mehrheit der „Top-Zahler“ sind in Wiesbaden große Versicherungsunternehmen und Finanzdienstleister, die satte Gewinne einstreichen. Auch die Attraktivität Wiesbadens als Wirtschaftsstandort scheint aufgrund der Gewerbesteuerhebesätze nicht beeinträchtigt zu sein. Es gibt trotz der Nähe von Frankfurt und Mainz deutlich mehr „Einpendler*innen“ als „Auspendler*innen“ und der „Run“ auf Gewerbeflächen in Wiesbaden reißt nicht ab. Gerne würde die Kooperation aus SPD, CDU und GRÜNEN noch weitere Gewerbegebiete ausweisen und sei es auf Kosten naturnaher, landwirtschaftlich genutzter Flächen wie am „Ostfeld“ in Mainz-Kastel.

Als LINKE kritisieren wir zudem, dass in Wiesbaden immer wieder große Geldsummen für Prestigeprojekte verschleudert werden, während die Allgemeinheit zur Kasse gebeten wird. Während Toilettenanlagen und Heizungen in Schulen seit Jahrzehnten auf eine Sanierung warten, wurde mit dem „RheinMain CongressCenter (RMCC)“ für 200 Millionen Euro ein „Vorzeigeprojekt“ gebaut, das schon vor der Corona-Pandemie jährlich mit einem zweistelligen Millionenbetrag aus dem städtischen Haushalt bezuschusst wurde, da es nicht wirtschaftlich betrieben werden kann. Für die städtischen Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken (HSK) war man seinerzeit nicht bereit, einen deutlich niedrigeren Betrag auszugeben. Sie wurden teilprivatisiert, womit die gesundheitliche Versorgung in Wiesbaden beeinträchtigt wurde. Qualifiziertes medizinisches und Pflegepersonal wurde abgebaut und ging für die HSK verloren. Die alljährliche Bezuschussung des „Balls des Sports“ mit mehreren hunderttausend Euro aus der Stadtkasse und das Sponsoring des „Balls des Weins“ gleich durch mehrere städtische Gesellschaften sind dagegen „kleine Fische“, aber ebenfalls ärgerliche Ergebnisse einer „rot“-schwarz-grünen Stadtpolitik. Die LINKE wird nicht lockerlassen, bis dieses „Sponsoring“ aus städtischen Geldern unterbleibt.

Zur Lösung kommunaler Finanzprobleme muss aber – gemeinsam mit anderen Kommunen im Hessischen Städtetag bzw. bundesweit – eine andere Steuerpolitik in Bund und Land eingefordert werden. Der Erhalt und der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur – also der Krankenhäuser, Kindertagesstätten und Schulen sowie des Nahverkehrs und öffentlichen Wohnungsbaus – können und müssen sozial gerecht finanziert werden.

Wiesbaden muss sich denjenigen Kommunen anschließen, die auf Bundesebene die Wiedereinführung der Vermögenssteuer fordern. Das Land Hessen und seine Kommunen würden hiervon mit etwa 2 Milliarden Euro pro Jahr profitieren, ohne dass nur ein*e einzige*r Multimillionär*in im Lebensniveau eingeschränkt wäre! Auch die Steuerflucht von Konzernen und Großerben muss endlich bekämpft werden. Sie ist kriminell und schadet der Allgemeinheit. Nur mit politischem Druck auf die verschiedenen Regierungsebenen von Kommune, Land und Bund wird ein sozial gerechtes Steuersystem für eine aufgabenangemessene und auskömmliche Finanzierung der Kommunen möglich.

Anstatt den vermeintlichen „Sparzwang“ an die Beschäftigten und an die Bürger*innen weiterzugeben, muss die Landeshauptstadt Wiesbaden gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und Initiativen den Widerstand gegen die vorherrschende Finanzpolitik aufbauen und für eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen kämpfen.

DIE LINKE. Wiesbaden will:



- Millionärs- und Vermögenssteuer statt kommunaler Kürzungen und unsozialer Gebührenpolitik, keine Senkung der Gewerbesteuerhebesätze, keine weiteren Privatisierungen, PPP-Projekte oder öffentliche Mittel für Prestigeprojekte,
- ein Konjunkturprogramm „Neustart nach Corona“, um endlich die dringend notwendigen Investitionen in Bildung, Gesundheit, Mobilität und Umwelt vorzunehmen,
- Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge und Rückführung von Dienstleistungen und Investitionen aus den mittlerweile über 100 Gesellschaften mit städtischer Beteiligung in die Kernverwaltung oder in kommunale Eigenbetriebe.

11. Mehr Demokratie und Transparenz: Den Filz in der Stadtpolitik beenden, Bürgerengagement fördern

Der Filz in Wiesbaden ist skandalös und hat es inzwischen zu bundesweiter Berühmtheit gebracht: Ermittlungen gegen CDU-Landtagsabgeordnete, diverse lokale Parteifunktionäre und Verwicklungen bis tief in die städtischen Gesellschaften und zu deren Partnerfirmen. Viele Entscheidungen sind in der Vergangenheit in Hinterzimmern verhandelt worden, insbesondere Entscheidungen über Verkäufe, Privatisierungen oder zur Förderung privilegierter Einzelgruppen. Die Entscheidung darüber, dass in Wiesbaden eine Müllverbrennungsanlage gebaut werden soll, wurde vorher nicht einmal öffentlich gemacht!

Wir sagen: Entscheidungen von erheblicher Bedeutung, insbesondere über Verkäufe, Privatisierungen und große Infrastrukturmaßnahmen, gehören zwingend in die Stadtverordnetenversammlung – und im Zweifel zur Entscheidung vor die Wählerinnen und Wähler durch Bürgerentscheide. Dies hat die Kommunalaufsicht auf Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion in mehreren Fällen bestätigt. Vetternwirtschaft, Intransparenz und Filz müssen ausgeräumt, Anti-Korruptionsregeln eingehalten sowie Transparenz und Informationsrechte für Bürgerinnen und Bürger durchgesetzt werden. Mitbestimmung und Mitgestaltung müssen als Leitbilder in der Wiesbadener Kommunalpolitik fest verankert sein.

Wir begrüßen ausdrücklich, wenn Menschen sich in ihrem Viertel, in Vereinen, in der Stadt engagieren. Aber das Engagement nimmt deutlich messbar ab. Die Gründe hierfür liegen nicht nur in der starken Arbeitsverdichtung, sondern auch in einem Gefühl von „Ohnmacht“ oder „Machtlosigkeit“ in unserer Gesellschaft. Dem muss demokratische Politik mit allen Möglichkeiten entgegenwirken. Denn ohne das Engagement für unsere Stadt und ohne Hoffnung, etwas bewirken zu können, nehmen Teilhabe und Demokratie großen Schaden. Als LINKE fordern wir unbedingt dazu auf, sich einzumischen. Und wir wollen Bürgerengagement deutlich stärker fördern. Die Erarbeitung eines Leitbildes Bürgerbeteiligung war ein Beitrag, aber Bürgerengagement braucht mehr Unterstützung durch die Stadt, beispielsweise durch Vermittlung von Angeboten und Partnern oder Hilfe bei Antragstellungen.

Wir wollen auch die Beiräte gegenüber dem Magistrat und dem Stadtparlament stärken, also zum Beispiel die Ortsbeiräte sowie den Kultur-, Schülern-, Senioren- und Ausländerbeirat. Beiräte schaffen eine unmittelbare

Vertretung der Bürger*innen an Orten, wo es sie unmittelbar betrifft. Hier können Probleme direkt angesprochen und kann Gemeinschaft gestaltet werden.

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern hat Hessen leider weiterhin kein kommunales Petitions- oder Antragsrecht für seine Bürger*innen, doch das hindert Wiesbaden nicht, derartige Möglichkeiten zu schaffen! Wir wollen, dass die Menschen vor Ort durch Begehren und Entscheide mehr unmittelbaren politischen Einfluss erhalten und die Hürden dafür herabgesetzt werden. Dazu gehört auch, dass städtische Gesellschaften dem Wohl der Menschen dienen müssen, statt der Jagd nach Profiten. Sie müssen ihre Geschäfte gegenüber den Bürger*innen transparent machen. Deshalb sollten möglichst viele städtische Gesellschaften in öffentlichen statt privaten Rechtsformen bestehen und den Kontrollrechten mindestens der Stadtverordnetenversammlung unterliegen.

Die LINKE setzt sich seit Langem für mehr Sicherheit ein, auch durch mehr gut ausgebildete, helfende und alle Menschen gleich behandelnde Polizeibeamt*innen. Wir lehnen aber den massiven Einsatz ehrenamtlicher Polizeihelfer sowie den verstärkten Einsatz von Videoüberwachungsanlagen ab. Wir wollen mehr Aufklärung hinsichtlich des Missbrauchs von Alkohol und Drogen sowie Prävention von Gewalt.

Wir begrüßen die öffentliche Förderung der Jugendinitiative „Spiegelbild“ und anderer Organisationen, die sich dem Rassismus und dem Antisemitismus entgegenstellen.



DIE LINKE. Wiesbaden will:

- Transparenz bei städtischen Entscheidungen statt Filz und Hinterzimmer-Politik, Bürgerengagement und Teilhabe fördern,
- Obligatorische Bürgerentscheide bei Entscheidungen von erheblicher Bedeutung (siehe Müllverbrennungsanlage, Ostfeld und Citybahn),
- deutliche Aufwertung des Jugendparlaments sowie der Orts-, Eltern- und Ausländerbeiräte, kommunales Petitionsrecht,
- Keine dauerhaften Einschränkungen im öffentlichen Raum, keine generelle Videoüberwachung, Sicherheit durch mehr Prävention.

12. Platz für alle, außer für Rassisten: Flüchtlinge schützen, Rassismus und Menschenfeind- lichkeit bekämpfen, Vielfalt leben

Noch nie waren weltweit so viele Menschen auf der Flucht wie heute: Fast 80 Millionen Menschen fliehen derzeit vor Kriegen, Verfolgung, Hunger, Ausbeutung und den Folgen der Klimakrise. Auch Deutschland hat mit Kriegsbeteiligungen, Waffenexporten und wirtschaftlichem Druck auf abhängige Volkswirtschaften eine hohe Mitverantwortung. Die LINKE setzt sich auf allen politischen Ebenen für ein Ende der Waffenexporte sowie der aggressiven Außen- und Wirtschaftspolitik als wesentliche Fluchtursachen ein. Ebenso treten wir für eine deutlich höhere Unterstützung der von Flucht am stärksten betroffenen Regionen und für legale Fluchtwege nach Deutschland und Europa ein.

Im krassen Missverhältnis zur eigenen Verantwortlichkeit und der Dringlichkeit dieser humanitären Katastrophe steht das Agieren der EU und der Bundesregierung. Die EU wird ausgebaut zur „Festung Europa“; um Flüchtlinge aus Europa fernzuhalten, wird mit Diktaturen zusammengearbeitet, es werden Mauern und Zäune errichtet. Das Mittelmeer ist zum Massengrab geworden, weil es keine staatliche Seenotrettung mehr gibt und ehrenamtliche Seenotretter*innen kriminalisiert werden. Das Asylrecht wird regelmäßig verschärft, sichere und legale Fluchtwege nach Europa gibt es praktisch nicht. Eine abgestimmte EU-Politik gibt es nur bei „Abschiebepatenschaften“ – was schon an sprachlichem Zynismus kaum noch zu überbieten ist.

Doch auf lokaler Ebene engagieren sich viele gegen diese Abschottungspolitik. Europaweit haben auch viele Städte und Gemeinden ihre Solidarität mit den Geflüchteten und ihre Bereitschaft zur Aufnahme weiterer Geflüchteter erklärt – Wiesbaden ist eine davon. Wir sind froh, dass sich aufgrund eines von der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion initiierten Antrags im Stadtparlament auch die Stadt Wiesbaden den Forderungen der Bewegung „Seebrücke“ angeschlossen und sich zum „sicheren Hafen“ für Flüchtlinge erklärt hat. Wir setzen uns dafür ein, dass Wiesbaden gemeinsam mit anderen Städten und Kommunen noch lauter seine Stimme gegen die Abschottungspolitik erhebt und Menschenleben rettet.

Menschenwürdige dezentrale Unterbringung statt überteuerter Massenunterkünfte

Die Menschen, die schließlich in Deutschland angekommen sind, werden in den Kommunen untergebracht, betreut und versorgt. Auch in Wiesbaden

leben knapp 1.500 Asylsuchende und Asylberechtigte in Gemeinschaftsunterkünften. Das Leben in den Gemeinschaftsunterkünften ist oft hart. Dort leben jeweils über 250 Menschen zusammen in Mehrbettzimmern und müssen sich sanitäre Einrichtungen und Kochmöglichkeiten teilen. Privatsphäre ist hier Fehlanzeige, ein selbstbestimmtes Leben kaum möglich. Auch ist der Zustand der Unterkünfte oft mangelhaft. Darüber hinaus erschweren die Gemeinschaftsunterkünfte die Integration in die Gesellschaft, die Geflüchteten sind isoliert.

Wir setzen uns dafür ein, dass Geflüchtete dezentral in normalen Wohnungen untergebracht werden. Diejenigen, deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist, sind zurzeit in der Regel verpflichtet, in einer Gemeinschaftsunterkunft zu leben. Das wollen wir ändern. Dabei hat etwa die Hälfte der in Wiesbadener Gemeinschaftsunterkünften lebenden Menschen hat schon einen Aufenthaltstitel, der sie berechtigt, in Deutschland zu bleiben. Sie sind also nicht mehr verpflichtet, in einer Gemeinschaftsunterkunft zu leben. Dennoch müssen sie trotz der schlechten Lebensbedingungen dort bleiben – weil sie aufgrund des Mangels an bezahlbarem Wohnraum, gepaart mit Alltagsrassismus, keine Chance auf eine Wohnung in Wiesbaden haben. Wir brauchen günstigen Wohnraum für alle Menschen und setzen uns gegen Rassismus ein.

Die Menschen, die mangels Wohnraums noch in der Gemeinschaftsunterkunft leben, sind mit einem weiteren Problem konfrontiert: Sie müssen, wenn sie Geld verdienen, 360 Euro monatlich pro Person für die Unterbringung zahlen. Das führt zu absoluten Wucherpreisen: Geflüchtete zahlen in ihrer Gemeinschaftsunterkunft teilweise 60 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche (so in der Gemeinschaftsunterkunft Otto-Wallach-Straße: dort müssen zwei Personen jeweils 360 Euro für die gemeinsame Unterbringung in einem 12-qm-Raum zahlen).



Wir setzen uns dafür ein, dass Selbstzahler*innen nicht mehr als die ortsübliche Vergleichsmiete pro Quadratmeter zahlen müssen, und wollen, dass Angebote geschaffen werden, um sie bei der Wohnungssuche zu unterstützen.

Ein Teil der Stadtgesellschaft werden

Wir wollen, dass Wiesbaden seine neuen Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützt, hier Fuß zu fassen. Die Ausländerbehörde als Anlaufstelle zu allen aufenthaltsrechtlichen Fragestellungen soll den Charakter einer Servicestelle bekommen. Sie soll die Migrant*innen in ihrer ohnehin schwierigen Lage unterstützen und Ermessensspielräume zugunsten der Betroffenen nutzen. Ein Dolmetscherdienst soll eingerichtet werden, um relevante Schriftstücke wie Behördenschreiben, medizinische Schreiben oder Verträge kostengünstig zu übersetzen.

Auch das Sozialamt, welches beispielsweise für die Gesundheitsversorgung von Geflüchteten zuständig ist, soll im Sinne der Klient*innen handeln. So wäre es für die Betroffenen eine große Hilfe und ein Abbau von Bürokratie, wenn Krankenscheine nicht im einzelnen Krankheitsfall, sondern pauschal fürs Quartal ausgestellt werden würden. Dafür setzen wir uns ein. Auch wollen wir, dass die psychosoziale Betreuung von traumatisierten Geflüchteten problemloser vom Sozialamt genehmigt wird.

Doch auch zivilgesellschaftliche Beratungsangebote müssen dringend gestärkt und in ihrer Existenz gesichert werden. Der Flüchtlingsrat Wiesbaden, der seit Jahren ehrenamtlich Geflüchtete professionell berät, soll höhere Zuschüsse von der Stadt erhalten. Auch die vielen anderen Initiativen, die beispielsweise kostenlosen Deutschunterricht anbieten, sollen durch Fördergelder oder die Bereitstellung von Räumen unterstützt werden.

Darüber hinaus muss das städtische Angebot an Deutsch- und Integrationskursen ausgebaut und für alle Migrant*innen geöffnet werden, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus und ihrer prognostizierten Bleibeperspektive. Es ist wichtig, darauf zu achten, dass Kurse zu verschiedenen Tageszeiten angeboten werden, sodass auch arbeitende Migrant*innen an den Kursen teilnehmen können. Außerdem soll während der Kurse eine Kinderbetreuung vor Ort angeboten werden.

Bund und Land in der Pflicht: Solidarität statt Spaltung!

Um diese Maßnahmen umzusetzen und eine gut funktionierende Willkommenskultur zu etablieren, brauchen die Kommunen Geld. Wir wollen, dass der Bund und das Land Hessen alle anfallenden Mittel für die Aufnahme

und Integration von Geflüchteten bereitstellen, damit die Kommunen nicht an anderer Stelle kürzen müssen oder auf den Kosten sitzen bleiben!

Wir müssen sozialen Spannungen und rechter Stimmungsmache, die mit Zuwanderung immer verbunden sein kann, den Nährboden entziehen. Es darf nicht sein, dass soziale Missstände auf Kosten derjenigen ausgetragen werden, die nichts oder wenig haben bzw. die mit kleinen oder mittleren Einkommen gerade über die Runden kommen. Wir lehnen es ab, dass Zugewanderte zum Lohndumping benutzt werden, um die Löhne von Arbeiter*innen und Angestellten zu drücken. Wir dürfen nicht zulassen, dass Zugewanderte als Sündenböcke für die miserable Wohnungssituation herhalten sollen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Neiddebatten zwischen denjenigen mit kleinen Renten, kleinen Einkommen oder auf öffentliche Infrastruktur Angewiesenen geschürt werden. Wir wollen günstigen Wohnraum für alle, die ihn brauchen. Gute Löhne, gute Bildung und gute Renten können wir für alle schaffen, wenn wir den riesigen und unverschämten Reichtum einiger weniger endlich gerecht besteuern. Milliarden für einige wenige, aber für Millionen Menschen nichts? Das darf nicht sein!

Für ein buntes, lebendiges und kulturell vielfältiges Wiesbaden statt Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

Wir leben gerne in einer bunten, lebendigen, kulturell und gesellschaftlich vielfältigen Stadt. Wir wollen, dass die Starken die Schwachen stützen und die Alleinstehenden in die Gemeinschaft integriert werden. Ausgrenzung, aus welchen Vorurteilen auch immer, lehnen wir ab. Und wir widersprechen mit lauter Stimme denen, die Menschen verachten und sie aus Rassismus und Fremdenhass herabwürdigen, bedrohen oder ihnen ihre Rechte absprechen. Wir setzen uns deshalb auf allen Ebenen der Stadt ein für ein welt-offenes Wiesbaden, ohne Ausgrenzung und Rassismus. Dem Aufmarsch radikaler rechter Gruppen stellen wir uns entgegen, auch deren Hass und Hetze im Internet. Wir fordern die Anerkennung verschiedener Lebens- und Sichtweisen in gegenseitigem Respekt, wollen Einheit in Vielfalt.

Der schreckliche Mord an Walter Lübcke, der judenfeindliche Terror von Halle und der rassistische Terror von Hanau schockieren bis heute. Auch in Wiesbaden sind immer wieder rechte Morddrohungen eingegangen. Wir verurteilen aber nicht nur diese Taten, sondern wir verlangen endlich Aufklärung und Schutz durch die Behörden und bekämpfen rassistischen Hass und Hetze, wo immer wir sie antreffen. Die Opfer von Halle und Hanau waren ebenso wenig „fremd“ wie Walter Lübcke. Es waren Menschen von hier, Menschen wie du und ich, Töchter, Brüder, Eltern, Freunde ... Kein Fußbreit den Faschist*innen – auch in Wiesbaden!

Wir verteidigen das Recht aller Religionsgemeinschaften auf eine freie Religionsausübung im Rahmen der allgemeinen Gesetze und bekämpfen die Hetze und die Aktionen rassistischer und faschistischer Organisationen gegen Gotteshäuser und Andersgläubige. Der Staat hat gegenüber Religionen neutral aufzutreten, er muss sie nicht fördern, aber vor Benachteiligung oder gar Bedrohungen schützen.

Wir setzen uns, angesichts zunehmender Versuche von Geschichtsklitterung, Leugnung des Holocausts und der Verbrechen der Nazis, weiter für eine antifaschistische und aufklärerische Erinnerungsarbeit vor Ort ein. Wir befürworten Städtepartnerschaften und wollen sie dazu nutzen, die internationale Zusammenarbeit und gegenseitiges Verständnis zu stärken, insbesondere die internationale Zusammenarbeit von Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie von sozialen Bewegungen und Gewerkschaften. Wir setzen uns ein für eine solidarische Kooperation der Kommunen auf europäischer und internationaler Ebene, vor allem in den Bereichen Klima und Umwelt, gerechter Weltwirtschaft und gemeinsamer Friedenspolitik.

Queer: Gleichberechtigung für alle Lebensweisen

Die LINKE steht für eine Politik, die Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen ein selbstbestimmtes und repressionsfreies Leben ermöglicht. Sie setzt sich für Emanzipation und uneingeschränkte Gleichberechtigung ein. Speziell die Situation von Lesben, Schwulen und Transgendern mit Migrationshintergrund, mit Behinderung und im Alter muss verbessert werden. Viele Lesben und Schwule übernehmen Verantwortung für leibliche Kinder oder Pflegekinder.



Sie verdienen denselben Schutz, dieselbe Förderung und dieselbe Anerkennung wie alle Eltern! Die Eltern und Kinder aus solchen „Regenbogenfamilien“ sind aber teils noch von Stigmatisierung oder rechtlicher Ungleichbehandlung betroffen. Dem muss weltoffene und moderne Politik entgegenwirken.

Auch Fortbildungsveranstaltungen im Bereich der Familien- und Jugendhilfe sowie für kommunale Angestellte speziell im Schul- und Erziehungsbereich sind erforderlich. Gewalt an und Verachtung von Schwulen, Lesben und Transgendern hat bei uns keinen Platz. Ein sensibles und respektvolles Verhalten von Polizei und Strafverfolgungsbehörden ist durch verbindliche und qualifizierte Aus- und Weiterbildungsprogramme sicherzustellen. Die LINKE unterstützt die Ziele des CSD Wiesbadens ebenso, wie sie sich gegen die Aufmärsche von ewiggestrigen homophoben Gruppen wie der sogenannten „Demo-für-alle“ wehrt. Auch an Schulen gehört Homophobie leider immer noch zum Alltag. Die Überarbeitung von Lehrplänen war ein wichtiger Schritt, den wir als LINKE unterstützt haben, ebenso wie die Akzeptanzarbeit des SCHLAU-Projekts an Wiesbadener Schulen und die Arbeit des Runden Tisches. Wir wollen Imagekampagnen der Stadt, die die Vielfalt der Lebensweisen in unserer Stadt sichtbar machen und Diskriminierung und Ängsten im Alltag entgegenwirken. Dazu dient insbesondere auch die Förderung schwul-lesbischer Kulturangebote in Wiesbaden. Wir brauchen aber weiterhin auch eine wirksame Unterstützung der Selbsthilfe- und Beratungsstrukturen von Lesben und Schwulen durch die Stadt. Die sexuelle Orientierung darf – insbesondere im beruflichen Alltag – keine Ursache für Benachteiligung oder Stigmatisierung sein!

DIE LINKE. Wiesbaden will:

- Flüchtlinge aufnehmen und Fluchtursachen bekämpfen, menschenwürdige und dezentrale Unterbringung, Wucherpreise in Gemeinschaftsunterkünften stoppen,
- Hilfe beim Ankommen, volle Kostenübernahme von Aufnahme- und Integrationskosten durch Bund und Land,
- Ein buntes, lebendiges und kulturell vielfältiges Wiesbaden, Rassismus und Menschenfeindlichkeit sowie soziale Spaltung überwinden,
- Queer ist genauso normal: Gleichberechtigung für alle Lebensweisen in Wiesbaden, Ewiggestrigen entgegentreten.



13. Freizeit und Sport: Teilhabe und Breitensport statt Kommerz und Elite

Sport ist mehr als nur körperliche Ertüchtigung; Freizeit und Sport verbinden Menschen verschiedener Herkunft, Generationen und Geschlechter. Als LINKE sagen wir: Das Angebot der Stadt für Sport und Freizeit darf niemanden durch hohe Gebühren oder wegen der Kosten für die Ausstattung ausschließen. Eine wohlhabende Stadt wie Wiesbaden muss deshalb dafür sorgen, dass Teilhabe in Vereinen und Freizeitstätten für alle garantiert ist. Dabei geht es der LINKEN sowohl um sport- als auch um gesundheitspolitische Ziele. Sportvereine sind auch Orte erfolgreicher Integration durch Vermittlung von Werten wie Toleranz, Respekt und Fairness.

Wir LINKE unterstützen den Bau des Sportparks Rheinhöhe mit einem Hallenbad und einem Eisstadion. Die Tradition, dass die Sportanlagen für den Vereinssport kostenlos zur Verfügung gestellt werden, muss in jedem Fall erhalten werden. Wir stellen die Förderung des Breitensports in den Mittelpunkt. Die teilweise erhebliche finanzielle Unterstützung von kommerziellen Sportevents wie Pfingstturnier und Ball des Sports lehnen wir ab. Für uns stehen nicht der Wettbewerbs- und Leistungscharakter, sondern Gesundheit, Spaß und Teamgeist im Mittelpunkt der städtischen Sportpolitik. Auch nicht-vereinsgebundene Freizeitaktivitäten wollen wir fördern. Wichtig ist hierbei, den Stadtwald und sein Wegenetz zum Wandern und Radfahren zu erhalten und dort, wo es nötig ist, zu sanieren. Auch die Ausstattung mit generationenübergreifenden Outdoor-Fitnessgeräten wollen wir an geeigneten Standorten ausbauen.

Ein besonderes Augenmerk richten wir auf die Tarifgestaltung für die städtischen Bäder. Die Schwimmbadgebühren wurden 2020 drastisch erhöht. Auf der Verliererseite stehen vor allem Kinder und Jugendliche von 3 bis 17 Jahren, die nun erst beim Kauf einer 100-Euro-Karte (!) in den Genuss von 20 % Ermäßigung kommen sollen, womit der Eintritt dann 1,60 Euro kosten würde – immer noch 10 Cent mehr als bisher. Aber auch alle Erwachsenen werden nun kräftig zur Kasse gebeten, darunter auch die Bezieher*innen von Transferleistungen.

Wir fordern die Rücknahme dieser Erhöhungen und – im Gegenteil – freien Eintritt für Kinder unter 14 Jahren. Damit wollen wir auf die steigende Anzahl junger Nichtschwimmer*innen reagieren und das Engagement der Schwimmvereine unterstützen. Außerdem soll dies mehr gesellschaftliche und sportliche Teilhabe ermöglichen, denn die Schwimmbäder sind vor allem in den Sommermonaten ein wichtiger Ort sportlicher Freizeitaktivität. Für wichtig halten wir auch günstige Abendtarife, die Anreize setzen,

nach Feierabend noch einmal schwimmen zu gehen. Das neue, unattraktive Rabattsystem wollen wir durch ein besseres ersetzen. Auch alle, die Transferleistungen beziehen, sollten über eine Teilhabekarte kostenlosen Eintritt erhalten.

Ein Schwimmbadbesuch ist kein Luxusevent!

Viele Sporthallen, Schwimmbäder und Sportplätze sind sanierungsbedürftig. Die Sportstätten und Schwimmbäder sollen zeitgemäß, barrierefrei und ökologisch sinnvoll saniert werden. Deshalb muss Sport eine kommunale Pflichtaufgabe werden.

Wir brauchen jedoch vor allem eine Werbekampagne für den Schwimmsport, um die sozialen, wirtschaftlichen, sport- und gesundheitspolitischen Ziele zu erreichen. Nach unserer Auffassung wäre es auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten wichtig, eine Tarifstruktur zu entwickeln, die auf eine bessere Auslastung zielt. Das heißt, Anreize zu setzen, statt wichtige Kundenkreise abzuschrecken und in die umliegenden Bäder zu vertreiben, wie es mit dem neuen Tarifsystem geschehen wird.

Viele Veranstaltungen in Wiesbaden werden mit Sponsorengeldern erst möglich gemacht. Es ist zu berücksichtigen, dass diese Gelder meist nicht uneigennützig zur Verfügung gestellt werden, sondern mit Erwartungen an die Landeshauptstadt Wiesbaden verbunden sind. Deshalb ist es dringend geboten, Transparenzregeln einzuhalten.



Wiesbaden und Hessen fördern große Sportveranstaltungen, also z. B. das Pfingstturnier, den Ball des Sports usw. Das Geld wäre jedoch besser im Breitensport angelegt, also in öffentlicher Infrastruktur für alle. Nicht der Wettbewerbs- und Leistungscharakter, sondern Gesundheit, Spaß und Teamgeist müssen im Mittelpunkt stehen.



DIE LINKE. Wiesbaden will:

- Teilhabe für alle bei Sport- und Freizeitaktivitäten durch geförderte Gebühren, Gemeinschaft und Breitensport statt Kommerz und Elite,
- Bau des Sportparks Rheinhöhe und weiterhin kostenlose Nutzung der Sportanlagen durch die Vereine sowie Outdoor-Fitness, generationenübergreifend gestaltet,
- Erhaltung des Stadtwalds für Naherholung, Sanierung des Wegenetzes für Wandern und Radfahren und Ausbau von Outdoor-Fitness-Einrichtungen,
- Senkung der Gebühren für die städtischen Bäder vor allem für Jugendliche, bei kostenlosem Eintritt für Kinder unter 14 Jahren und Empfänger*innen von Transferleistungen.

14. Jugendliche ernst nehmen

Kinder und Jugendliche haben Rechte! Neben Schutz- und Förderrechten haben Kinder auch das Recht, gehört und beteiligt zu werden. 2018 wurden die Kinderrechte im Rahmen der Volksabstimmung mit einer Mehrheit von 86 % in die Hessische Verfassung aufgenommen. Deshalb ist auch die Landeshauptstadt in der Pflicht, als Vorbild voranzugehen und ihre Rechte in Realitäten umzusetzen.

Vor allem braucht es echte Mitbestimmung jenseits von Repräsentation. Die aus finanziellen Gründen zurückgenommene Bewerbung für das Projekt „Kinderfreundliche Kommune“ muss deshalb wieder aufgenommen werden.

Um Partizipation ernst zu nehmen, muss Kindern und Jugendlichen ein attraktives Angebot gemacht werden, sich mit der Kommunalpolitik vertraut zu machen und aktiv an der Gestaltung unserer Stadt mitzuwirken. Deswegen soll das kommunale Jugendparlament den anderen beratenden Gremien gleichgestellt werden. Darüber hinaus muss der Jugendhilfeausschuss in seinen Rechten gestärkt werden. Ihm obliegen nach dem Achten Sozialgesetzbuch (SGB VIII) wichtige Entscheidungen der Kinder- und Jugendhilfe. Doch diese Rechte werden in Wiesbaden bis heute ignoriert. Das ist ein handfester Skandal.

Mehr als jedes fünfte Wiesbadener Kind (21,4 %) wächst in Armut auf. Im inneren Westend sind mehr als die Hälfte der Kinder arm, in Nordost, Sonnenberg und Rambach sind es um die sieben Prozent.



Neben gravierenden Folgen für das gesamte weitere Leben von Kindern ist das auch ein Bruch mit einer Vielzahl von Kinderrechten wie dem Recht auf Bildung und dem Recht auf Gesundheit, aber auch dem auf soziale Teilhabe. Besonders gefährdet sind Kinder mit besonderen Anforderungen oder Hintergründen, wie Kinder mit Behinderungen, Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder aus Familien, die zu einer Minderheit gehören. Dabei darf Kinderarmut nicht als singulärer Fakt betrachtet werden, sondern als Folge der Armut der Eltern: Kinderarmut ist besonders ungerecht. Die Betroffenen bleiben aufgrund der Rückkopplungseffekte oft ein Leben lang in der Armutsschleife gefangen.

Wiesbaden ist eine reiche Stadt mit einem hohen Haushaltsüberschuss. Es mangelt nur an politischem Willen, hiesige Zustände zu überwinden. Die Corona-Krise verschärft die Situation armer Kinder. Die Eltern der benachteiligten Kinder und Jugendlichen arbeiten demnach häufiger in Teilzeit oder als Minijobber*innen und gehören deswegen zu der Gruppe, die als Erste ihre Jobs verlieren oder nur vergleichsweise wenig beziehungsweise gar kein Kurzarbeitergeld erhalten.



DIE LINKE. Wiesbaden will:

- Stärkung der Rechte des Jugendhilfeausschusses, ein hessenweites Jugendparlament, mehr Hauptamtliche für das Jugendparlament und den Stadtschüler*innenrat,
- Sozialarbeit massiv ausbauen – bereits existierende Angebote sollen gestärkt werden; besonders an jugendlichen Hotspots müssen Sozialarbeiter*innen präsent sein – auch im Netz,
- Ein kostenloses Mittagessen an allen Wiesbadener Schulen, einen Stadtpass mit vergünstigter ÖPNV-Nutzung etc. für von Kinderarmut Betroffene,
- Auszeichnung „Kinderfreundliche Kommune“ erarbeiten,
- Aufwertung und Ausbau der mobilen Jugendarbeit und der Schulsozialarbeit.

15. Fit im Alter: **Benachteiligung und Barrieren abbauen, gute Pflege und Inklusion verwirklichen**

Wiesbaden braucht eine zeitgemäße Politik für Seniorinnen und Senioren, die sich geänderten Herausforderungen wie Altersarmut und dem demografischen Wandel stellt. Im politischen und gesellschaftlichen Leben sind Seniorinnen und Senioren deutlich stärker als bisher einzubeziehen. Wiesbaden soll sich als Kurstadt ein Vorbild nehmen an anderen Städten im In- und Ausland, wo in Parks und öffentlichen Anlagen wetterfeste Sportgeräte installiert und längst eine Vielzahl barrierefreier Einrichtungen geschaffen wurden. Ein wachsender Teil älterer Menschen verfügt nur noch über eine Rente am Rande des Existenzminimums. Fitness-Studios sind für viele Ältere unbezahlbar. Trimm-Geräte im öffentlichen Raum sind nicht nur eine Alternative zu Fitnesshallen, sondern befördern darüber hinaus das soziale Leben sowie Begegnungen über Generationen hinaus und machen die Stadt ein Stück lebenswerter.

Das Wohnen im Alter muss zudem als öffentliche Aufgabe begriffen werden. Die Tendenz der Verantwortlichen in Wiesbaden, sich beim Bau und Unterhalt von Senioreneinrichtungen aus der Verantwortung zu stellen, muss sich zugunsten eines sozialen Wohnungsbaus wandeln, der auf die Belange älterer Menschen Rücksicht nimmt. Es kann nicht sein, dass immer mehr private Investor*innen und Bauunternehmen das große Geschäft „Seniorenunterkünfte“ machen, bei denen die Mehrzahl an Älteren, die über keine großen Reserven verfügt, in unwürdige Lebens- und Wohnverhältnisse abrutscht. Auch für Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen muss sich die Stadt stärker engagieren und die Chance zum Leben in Mehrgenerationenhäusern und mobiler Betreuung fördern.



Die LINKE Wiesbaden steht für den Grundsatz „ambulant vor stationär“. Denn Heime und Sondereinrichtungen separieren ältere Menschen aus der Gesellschaft und ihrer Umgebung. Dabei können und wollen viele ältere Menschen sich weiter einbringen. Betreutes Wohnen unterstützt die Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit älterer Menschen, sichert das gewohnte soziale Umfeld und sollte so lange und so häufig wie möglich angeboten werden können.

Selbstbestimmte Behindertenpolitik: Für die Erfüllung der Erklärung von Barcelona und Inklusion

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat im Jahr 2003 die Erklärung von Barcelona unterzeichnet. Sie verpflichtete sich damit, in 16 verschiedenen Teilbereichen der Kommunalpolitik eine bessere Wahrnehmung behinderter Menschen, ihrer Rechte, Bedürfnisse und Potenziale und ihrer Mitwirkung am öffentlichen Leben aktiv zu fördern. So groß die Anstrengungen auch sind, die die Stadt Wiesbaden im Bereich der Behindertenpolitik unternommen hat – noch immer scheitern Menschen mit Behinderungen an Barrieren, die ihnen gesetzt werden.

Ein landesweit – nicht nur an den Schulen – intensiv diskutiertes Thema ist das der Inklusion, also der gemeinsamen Beschulung behinderter und nicht behinderter Kinder. Die LINKE hat sich sehr frühzeitig für die volle Umsetzung stark gemacht, dabei auch immer die großen Herausforderungen betont: Unsere Schulen und Lehrkräfte drohen zu scheitern, wenn sie mit der Aufgabe von Inklusion alleine gelassen werden. In anderen Ländern ist Inklusion selbstverständlich, doch Deutschland mit seinem vielgliedrigen und selektiven Schulsystem war und ist hierauf immer noch kaum vorbereitet. Inklusion braucht auch endlich die dafür notwendigen baulichen, personellen und pädagogischen Mittel.



DIE LINKE. Wiesbaden will:

- Herausforderungen durch Altersarmut und demografischen Wandel begegnen; Barrierefreiheit und betreutes Wohnen,
- Umsetzung der Rechte und Förderung der Potenziale von Menschen mit Beeinträchtigungen,
- Inklusion unterstützen und finanzieren, insbesondere mit den dafür notwendigen baulichen, personellen und pädagogischen Mitteln.

16. Für eine Entkriminalisierung des Drogenkonsums

Die Drogen-Verbotspolitik der Regierung entbehrt jeder Logik und Grundlage. Sie muss auf ganzer Linie als gescheitert betrachtet werden. Sie ist vollkommen veraltet und hat mit der Realität in Deutschland und Wiesbaden nichts zu tun. Insbesondere die „Bundesdrogenbeauftragte“ ist durch wenig mehr als Inkompetenz aufgefallen. Obwohl gesetzlich verboten, sind Drogen auf dem Schwarzmarkt flächendeckend für so gut wie jede*n verfügbar und die Anzahl der Konsument*innen steigt Jahr für Jahr. Laut WHO-Bericht geht jeder 20. Todesfall auf Alkohol- und Tabakmissbrauch zurück. Insbesondere bei Alkohol besteht auch ein hoher Zusammenhang zu Gewalt und psychischen Leiden – auch der von Gewalt Betroffenen.

Drogen werden heutzutage von Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten und aus den unterschiedlichsten Gründen konsumiert. Das Gesetz unterscheidet jedoch ausschließlich nach legalen Drogen (z. B. Tabak, Alkohol, Medikamente) und illegalen Drogen (z. B. Cannabis, Ecstasy, Kokain). Für den Besitz illegaler Drogen gilt man selbst bei Kleinstmengen vor dem Gesetz als Straftäter*in und kann mit lebenslangem Führerscheinentzug betrafft werden. Nicht nur, dass diese Einteilung objektiv betrachtet keinen Sinn ergibt: So sind die legalen Drogen Alkohol und Tabak (hunderttausend Tote jährlich) zum Beispiel nachweislich viel schädlicher als das illegale Cannabis (0 Todesopfer jährlich) – auch Drogenmissbrauch und Drogenproblematiken werden so nicht verhindert. Im Gegenteil, auf den für den Staat unkontrollierbaren Schwarzmärkten können schon Kinder und Jugendliche – für deren Entwicklung Drogen oft besonders schädlich sind – relativ leicht an „illegale“ Drogen herankommen.



Die LINKE Wiesbaden setzt auf Aufklärung statt Verteufelung!

Legalisierung des Drogenkonsums und Entkriminalisierung von Konsument*innen würden nicht nur Schwarzmärkte austrocknen, auch in vielen anderen Bereichen wären die Auswirkungen positiv.

Etwa in der Vorbeugung und Prävention: Durch Aufklärung, insbesondere im Jugendschutz, könnte der Staat positive Akzente setzen. Andere Länder machen es lange vor: Portugal setzt bereits seit knapp 20 Jahren auf die Entkriminalisierung und ist damit sehr erfolgreich. Der Drogenkonsum ist dort allgemein und besonders bei jungen Menschen stark gesunken. Kritiker*innen, die vor einem Szenario mit explodierendem Konsum gewarnt hatten, in dem der Drogentourismus das Land überschwemmen und es in eine apokalyptische Junkie-Hölle verwandeln würde, haben nicht Recht behalten.

Die Entlastung von Polizei und Justizbehörden spielt bei diesem Thema ebenfalls eine wichtige Rolle. Diese arbeiten ohnehin schon an Belastungsgrenzen und jedes Verfahren wegen einer Kleinstmenge an Rauschmitteln bedeutet für sie viel „Aufwand für nichts“: Fast alle Verfahren werden am Ende wegen Geringfügigkeit eingestellt. Die Ressourcen, welche für diese Verfahren benötigt werden, wären an anderen Stellen der Verbrechensbekämpfung auch hier in Wiesbaden deutlich sinnvoller eingesetzt. Selbst der Bund Deutscher Kriminalbeamter hält daher die Kriminalisierung von Cannabis weder für „intelligent noch zielführend“ und fordert die „komplette Entkriminalisierung“ der Konsument*innen.

Wir sprechen uns für eine Legalisierung von Cannabis aus und fordern einen „Cannabis Social Club“ in Wiesbaden!

In Deutschland hat ein Viertel der Bevölkerung schon illegale Drogen ausprobiert. Nicht bei jedem Konsum handelt es sich auch um einen Drogenmissbrauch. Insbesondere der Konsum von Cannabis ist weit verbreitet. Herstellung und Vertrieb sind jedoch weiterhin größtenteils kriminellen Strukturen überlassen.

Das möchten wir ändern und fordern daher die Einrichtung von Deutschlands erstem „Cannabis Social Club“ in Wiesbaden. Patient*innen, die Cannabis als Medizin benötigen, und regelmäßige Cannabiskonsument*innen schließen sich dort in einem Verein zusammen, um die Pflanzen für ihren Eigenverbrauch gemeinsam anzubauen. Das Konzept des Clubs beinhaltet von Anfang an wissenschaftliche Begleitung und die Zusammenarbeit mit örtlichen Behörden unter gewissen Regeln. So dürfen unter anderem nur Erwachsene aufgenommen werden und das produzierte Cannabis darf nicht an Dritte weitergegeben werden. Alle erwachsenen Wies-

badener*innen sollen legal kiffen dürfen – wenn sie dem „Cannabis Social Club“ beitreten. Durch kontrollierte Abgaben an ausschließlich erwachsene Personen wird dem illegalen Schwarzmarkt Umsatz entzogen und Wiesbaden könnte durch Steuern sogar zusätzliche Einnahmen generieren, welche dann wieder in staatliche Prävention investiert werden können.

Bereits 2017 hatte die „LINKE&PIRATEN-Rathausfraktion“ einen Antrag zur Einrichtung eines „Cannabis Social Clubs“ in Wiesbaden eingebracht, der allerdings gegen die Stimmen unserer Fraktion, der GRÜNEN und der FDP, abgelehnt wurde. Die LINKE Wiesbaden bleibt jedoch weiter an dem Thema dran, denn dass sich die Regierungsparteien bis heute gegen eine Legalisierung von Cannabis aussprechen, ist auf Basis der überwältigenden Faktenlage aus unserer Sicht eine völlig unbegreifliche Fehlpolitik!



DIE LINKE. Wiesbaden will:

- Die Entkriminalisierung von Drogenkonsument*innen,
- einen „Cannabis Social Club“,
- mehr Präventionsprojekte und Aufklärung im Bereich der Rauschmittel.

17. Wiesbaden: Stadt für Frieden!

Wer in Wiesbaden wohnt, der kann zum größten Stützpunkt des US-Militärs und der US-Geheimdienste in Europa nicht schweigen! Die LINKE ist Teil der Friedensbewegung. Wir lehnen die maßgeblich unter US-Vorherrschaft geführten weltweiten Kriege, Drohneneinsätze und eine Beteiligung Deutschlands daran ebenso ab wie die weltweite Kommunikationsüberwachung durch US-Geheimdienste. Wir stehen gegen Aufrüstung und Auslandseinsätze der Bundeswehr. Die Milliarden Mehrausgaben für Rüstung und Krieg fehlen z. B. für die Sanierung unserer Schulen. Die Werbung für die Bundeswehr und für Auslandseinsätze hat in Schulen, Universitäten, Arbeitsagenturen, Jobcentern und bei Hessentagen nichts zu suchen. Und wir sind empört darüber, dass deutsche Waffen in nahezu alle Länder der Welt exportiert werden, zunehmend auch direkt in Kriegs- und Krisengebiete. Rüstungsfirmen wollen wir mithilfe von Konversionsprogrammen in Firmen für zivile Produktion umwandeln.

Wir befürworten Städtepartnerschaften und wollen sie dazu nutzen, die internationale Zusammenarbeit zu stärken. Grundsätzlich setzen wir uns für eine solidarische Kooperation der Kommunen auf europäischer und internationaler Ebene ein. In den Bereichen Entwicklungspolitik, gerechte Weltwirtschaft, Arbeitswelt, Umwelt und präventive Friedenspolitik gibt es noch großen Aufholbedarf. Initiativen wie die „Mayors for Peace“ und der ICAN-Städteappell für ein Verbot von Atomwaffen finden unsere Unterstützung. Antimilitaristische Erinnerungs- und Aufklärungsarbeit wollen wir fördern.



Kommunalwahlen am 14. März 2021

Kandidatinnen und Kandidaten DIE LINKE. Wiesbaden

- | | |
|--------------------------|--------------------------|
| 1. Ingo von Seemen | 19. Ursula Stern |
| 2. Mechthilde Coigne | 20. Bodo Kaffenberger |
| 3. Nina Schild | 21. Nadja El-Bialy |
| 4. Adrian Gabriel | 22. Axel Gerntke |
| 5. Brigitte Forßbohm | 23. Katja König. |
| 6. Daniel Winter | 24. Hans-Gerd Öfinger |
| 7. Annette Frölich | 25. Ruth Golyschkin |
| 8. Hartmut Bohrer | 26. Dr. Michael Forßbohm |
| 9. Anne Liebau | 27. Madeleine Rudolf |
| 10. Jonathan Schwarz | 28. Herbert G. Just |
| 11. Hanna Verzagt | 29. Emelie Jitten |
| 12. Vladislav Golyschkin | 30. Sahhan Akyüz |
| 13. Kim Abraham | 31. Evelyn Zell |
| 14. Manuel Mergen | 32. Mihai Rehe |
| 15. Sonja Thomas | 33. Elisabeth Kula-Braun |
| 16. Nico Steinhauer | 34. Adrian Ramos |
| 17. Marion Beste | 35. Luisa Hecker |
| 18. Achim Ritter | 36. Markus Gludovacz |

Für Sie kandidieren in Wiesbaden:

Unsere Listenplätze 1 bis 12



„In der reichen Stadt Wiesbaden muss es keine Armut geben. Durch aktive Sozialpolitik wird DIE LINKE Armut bekämpfen.“

Ingo von Seemen

Kaufmann und sozial-politischer Sprecher



„Die Stadt muss Vorbild sein für gute Arbeitsplätze. Und Gleichberechtigung muss endlich Wirklichkeit werden!“

Mechthilde Coigné

Industriekauffrau, finanz- und frauenpolitische Sprecherin



„Umwelt und Tiere müssen vor Zerstörung und Ausbeutung geschützt werden. Klimawandel stoppen und Frieden herstellen!“

Nina Schild

Kommunalbeamtin, Kreisvorsitzende



„Corona zeigt: Viele Schulen und das Bildungssystem sind marode. Endlich mehr in gute Bildung und Zukunft investieren!“

Adrian Gabriel

Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Kreisvorsitzender



„Ich will ein lebenswertes Wiesbaden für alle, die hier wohnen & arbeiten. Recht auf Stadt heißt: Wohnraum muss bezahlbar sein und bleiben!“

Brigitte Forßbohm

Ur-Wiesbadenerin, Verlegerin, planungs-politische Sprecherin



„Jetzt erst recht: Klimaschutz muss auf die Straße! Mobilität für morgen heißt Vorrang für Bus-, Bahn-, Rad- und Fußverkehr.“

Daniel Winter

Polizeibeamter



„Recht auf Stadt bedeutet eine vielfältige, lebenswerte, inklusive und bezahlbare Stadt der Teilhabe für alle.“

Annette Frölich

Dipl.-Ing. (FH) Architektur,
Ortsbeirätin in Biebrich

„Gute Bildung und Kultur für alle sind unverzichtbar und müssen erst recht in Zeiten von Corona noch stärker gefördert werden!“

Hartmut Bohrer

Gymnasiallehrer i.R., schul- und kulturpolitischer Sprecher

„Kampf der Kinderarmut! Betroffenen Kindern & Jugendlichen müssen wir durch einen Sozialpass Teilhabe ermöglichen und Perspektive geben.“

Jonathan Schwarz

Angestellter

„Das Jugendparlament stärken und die Wiesbadener Jugend anhören und richtig beteiligen! Denn Politik ohne uns ist Politik ohne Zukunft.“

Anne Liebau

Studentin

„Eine gute Gesundheitsversorgung für Wiesbaden sichern! Systemrelevanz hat mehr als nur Klatschen verdient.“

Vladislav Golyschkin

Gesundheits- und Krankenpfleger

„Wiesbaden muss endlich Filtz und Korruption stoppen und stattdessen mehr Demokratie, Transparenz und Offenheit wagen!“

Hanna Verzagt

Studentin

**14. März
Kommunal-
wahl**

Bildnachweis

DGB Wiesbaden S. 36
Adrian Gabriel, S. 25, 47, 53, 56
Brigitte Forßbohm, S. 12, 18, 28, 31, 44
Johannes Lay, S. 44
CC BY-SA 3.0 DE Lukas Laszlo, S. 27
Hans-Gerd Öfinger, S. 15, 39, 61
Pixabay S. 59, 68
Pixabay TinaKru, 65
Pixabay, Gerd Altmann, S. 9,
Pixabay, Martin Büdenbender, 63
Pixabay, Alexander Vollmer, S. 23
rawpixel.com, S. 41
Ann-Christin Sparn, S. 16, 21, 29, 35, 43

Layout:

EDITION 6065, Wiesbaden

Gestaltung des Covers:

Carmen Mauerer

S. 3, 4, 70, 71 Adrian Gabriel

Impressum

DIE LINKE.

Kreisverband Wiesbaden

Büdingenstr. 4

65183 Wiesbaden

Telefon: (06 11) 36 02 49 55

Pressekontakt:

(01 77) 7 50 68 79

kreisvorstand@dielinke-wiesbaden.de

Weitere Infos:

<http://www.dielinke-wiesbaden.de>

V.i.S.d.P. Adrian Gabriel